



Deutscher Bundestag

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung

Kurzprotokoll der 67. Sitzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berlin, den 16. Dezember 2020, 10:00 Uhr

Berlin, Paul-Löbe-Haus

E.800

Vorsitz: Dr. Peter Ramsauer, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhö- rung

Tagesordnungspunkt

Seite 3

Öffentliche Anhörung zum Thema:
"Urbanisierung in Afrika - Herausforderungen für
die Entwicklungszusammenarbeit"



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Kauder, Volker Kippels, Dr. Georg Klein, Volkmar Marschall, Matern von Ramsauer, Dr. Peter Sauer, Stefan Selle, Johannes Stefinger, Dr. Wolfgang Stein (Rostock), Peter	Gröhe, Hermann Grübel, Markus Hahn, Florian Heinrich (Chemnitz), Frank Marwitz, Hans-Georg von der Schulze, Dr. Klaus-Peter Staffler, Katrin Stegemann, Albert Throm, Alexander
SPD	Barnett, Doris Post, Florian Raabe, Dr. Sascha Weber, Gabi Ziegler, Dagmar	Baehrens, Heike Heinrich, Gabriela Matschie, Christoph Steffen, Sonja Amalie Vogt, Ute
AfD	Friedhoff, Dietmar Frohnmaier, Markus Oehme, Ulrich	Kestner, Jens Keuter, Stefan Weyel, Dr. Harald
FDP	Beeck, Jens Hoffmann, Dr. Christoph in der Beek, Olaf	Lambsdorff, Alexander Graf Mansmann, Till Westig, Nicole
DIE LINKE.	Schreiber, Eva-Maria Sommer, Helin Evrim	Hänsel, Heike Kessler, Dr. Achim
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Holtz, Ottmar von Kekeritz, Uwe	Bause, Margarete Roth (Augsburg), Claudia



Einziger Tagesordnungspunkt
Öffentliche Anhörung zum Thema:

**"Urbanisierung in Afrika - Herausforderungen
für die Entwicklungszusammenarbeit"**

Der **Vorsitzende** Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen und Gäste, die entweder physisch im Raum anwesend oder per Technik zugeschaltet sind. Ich eröffne hiermit die 67. Sitzung unseres Ausschusses und damit auch die letzte Sitzung in diesem Jahr 2020, die in Form einer **Anhörung zum Thema „Urbanisierung in Afrika – Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit“** stattfindet. Wir haben für diese Anhörung insgesamt drei Stunden vorgesehen, ich glaube, und damit werden wir gut zurechtkommen, zumal um 13:00 Uhr das Plenum beginnt mit der Befragung der Frau Bundeskanzlerin. Ich begrüße herzlich die Experten für die erste Runde, also zum Themenblock A. Wie wir bereits gesehen haben, Frau Prof. Dr. Astrid Ley, die uns aus Stuttgart per Polycom zugeschaltet ist. Alle anderen SV der Runde A sind physisch präsent. Die fremdsprachigen SV zum Themenblock B werden später zugeschaltet, die Verdolmetschung der Beiträge erfolgt dann simultan. Da die Lebensläufe unserer SV vorliegen, verzichte ich bewusst darauf, hier noch einmal näher darauf einzugehen. Ich möchte aber nicht versäumen, mich bei allen SV für die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen zu bedanken. Diese haben wir allen Ausschussmitgliedern bereits als Ausschussdrucksache zur Kenntnis gegeben und auf die Homepage unseres Parlaments eingestellt. Wir haben auch unaufgefordert eingegangene Stellungnahmen und Positionspapiere als Ausschussdrucksachen allen Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung gestellt. Schließlich darf ich unsere Zuschauer auf den Bildschirmen unseres Parlamentsfernsehens ganz herzlich willkommen heißen. Die Planer der Anhörung haben mir nur wenige Zeit eingeräumt zur Einführung, deswegen

möchte ich mich auf einige Bemerkungen zum Verfahren beschränken. Das mag etwas verwirrend klingen, aber die Abwicklung ist ganz einfach, denn ich habe die Zügel fest in der Hand. Für die Anhörung wurden insgesamt acht SV eingeladen, vier im Themenblock A und vier im Themenblock B, und es stehen uns insgesamt 180 Minuten zur Verfügung. Alle SV waren gebeten worden, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, insofern wird auf deren Eingangsstatements verzichtet. Die Themenblöcke A und B sind aufgeteilt in jeweils 90 Minuten. In jedem Themenblock gibt es zwei Fragerunden, in einer ersten Fragerunde haben die Fraktionen jeweils drei Minuten Zeit für ihre Fragen und die SV jeweils acht Minuten für die Beantwortung. Sechs Fraktionen mal drei Minuten ergeben 18 Minuten, vier SV jeweils acht Minuten ergeben 32 Minuten, und hier bitte ich, immer die Uhr zu beachten. Das sind dann schon einmal 50 Minuten. In der zweiten Fragerunde haben die Fraktionen dann nur jeweils zwei Minuten Fragezeit, und den SV stehen fünf Minuten zur Verfügung. Zweimal sechs sind 12 Minuten, vier SV mit fünf Minuten Antwort sind 20 Minuten, ergibt zusammen dann gerechnet 32 Minuten. Wenn Sie beide zusammenzählen, kommen Sie auf 82 Minuten, so dass insgesamt noch acht Minuten Luft sind. Dann kommt der zweite Block, der ebenfalls mit meinen Erklärungen beginnen wird. Nicht lange nachrechnen, es stimmt schon. Das Rederecht innerhalb jeder Fraktion ist geklärt worden, und mir liegen die Wortmeldungen vor. Die Redner bitte ich, vor Beginn ihrer Rede das Mikrofon einzuschalten und auch wieder auszuschalten, sonst gibt es technische Störungen. Sagen Sie auch immer dazu, an welchen SV die Frage gerichtet ist, das brauchen wir für die Erstellung des Protokolls. Soviel zu dem Verfahren.

Ich rufe jetzt also den Themenblock A auf:

**„Prognosen und Instrumente der Gestaltung
der Urbanisierung“** auf.



Die SV zu diesem Themenblock A sind in alphabetischer Reihenfolge: Herr **Martin Dirr**, von mir aus links, Leiter C40 CFF bei der GIZ; Frau **Prof. Dr. Astrid Ley**, Lehrstuhl für Internationalen Städtebau an der Universität Stuttgart; Herr **Dr. Rainer Rothfuß**, Diplom-Geograph und selbstständiger Berater aus Lindau am Bodensee; Herrn **Diplom-Ingenieur Thomas Stellmach**, Gründer und Leiter des Büros TSPA, hier in Berlin. Wir beginnen mit der ersten Frageunde. Ich erteile das Wort dem ersten Redner der Fraktion der CDU/CSU, Abg. Peter Stein.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU) Ganz herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Liebe SV, ich freue mich, dass wir das Thema heute noch einmal besprechen können. Mitte/Ende der letzten Legislaturperiode haben wir den Antrag „Chancen der Urbanisierung nutzen“ im Deutschen Bundestag beschlossen und damit im Nachgang zur UN-HABITAT-Konferenz in Kyoto einen Prozess ausgelöst, der einige Dinge angeschoben und bewegt hat. Themenblock A, da würde ich mich auf die Fragen A.3 konzentrieren. Es ist mir wichtig, die Rolle der Kommunen, der kommunalen Parlamente und der regionalen Parlamente in dem Prozess genauer zu betrachten. Wir haben es in unseren Partnerländern mit sehr unterschiedlichen staatlichen Strukturen zu tun. Überall gleich ist aber natürlich die Anforderung, Kommunen hinsichtlich ihrer Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu ertüchtigen. Dort sieht man auch Organisationsmöglichkeiten, die eine Stadt, ich sage jetzt mal, regierbar und verwaltbar machen lassen. Das Thema „Governance“ auf regionaler und kommunaler Ebene ist sicher eine sehr starke Fragestellung. Zum einen reden wir immer von den sogenannten Megacities, die immer sehr schnell in den Blick geraten. Viel wichtiger ist allerdings aus meiner Sicht, sich mit den Klein- und Mittelstädten zu beschäftigen, denn dort findet eigentlich der Umbruchprozess statt, der vielleicht noch steuerbarer ist, als das in den Megacities überhaupt möglich ist. Aus politi-

scher Einflussnahme in den großen Städten können in der Regel Dinge in ganz andere, auch diplomatische, Dimensionen geraten als sie sinnvoller Weise in Abarbeitung dessen, was man Daseinsvorsorge nennt, für die Bürgerinnen und Bürger notwendig ist. Deshalb meine Frage, und das ist eigentlich ein kleines Abweichen von den Blöcken, denn sie geht mehr an die Anzuhörenden aus dem Themenblock B, weil dort die Vertreterinnen und Vertreter aus den Kommunen der afrikanischen Städte sitzen. Wie sehen Sie die Notwendigkeit, Einfluss zu nehmen aus der kommunalen Ebene heraus auf nationale Prozesse? Wie sehen Sie Ihre Möglichkeit, und erhalten Sie Unterstützung, auch traditionelle Bauweisen und Bauformen im städtischen urbanisierten Kontext überhaupt noch zu ermöglichen. Ich halte das für einen sehr wichtigen Aspekt, dass man nicht einer Verwilderung und Verwestlichung der urbanisierten Megacities erliegt, sondern, dass man gerade in den kleinen und Mittelstädten stärker auf traditionelles Miteinander der Gesellschaften abhebt. Erwarten Sie nicht auch viel mehr Unterstützung von außen, was das Thema Grund- und Bodenrechte im Siedlungsprozess betrifft? Wir können Stadtentwicklung nur steuern, wenn Grund- und Bodenrechte geklärt sind, sowohl für die privaten als auch für die öffentlichen Eigentümer.

Der **Vorsitzende** Für die Fraktion der SPD nun der Abg. Christoph Matschie.

Abg. **Christoph Matschie** (SPD) Danke Herr Vorsitzender. Wir beschäftigen uns mit dem Thema Urbanisierung deshalb, weil wir auf dem afrikanischen Kontinent eine Urbanisierung erleben mit einer bisher nicht gekannten Geschwindigkeit. Wenn man auf die Prognosen schaut, geht es darum, dass in den nächsten drei Jahrzehnten rund 800 Millionen zusätzliche Menschen in Städten leben werden, die eine Infrastruktur und entsprechende Lebensbedingungen benötigen. Das ist eine enorme poli-



tische Herausforderung für die Staaten, aber es stellen sich auch Fragen an uns, wie wir als Partner mit diesen Entwicklungen umgehen werden. Ich habe zunächst an Herrn Dirr in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Frage. Können Sie uns noch einmal etwas sagen zur Dimension und politischen Brisanz der Entwicklung, die wir heute diskutieren? Nun drei speziellere Fragen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass Städte in die Lage versetzt werden müssen, eigenständig sinnvolle Projekte zur nachhaltigen Stadtentwicklung aufzusetzen und technisch vorzubereiten, so dass sie auch zu finanzieren und nachhaltig zu bewirtschaften sind. Was können wir als Partner von außen tun, um Städten bei dieser Aufgabe zu helfen? Sie schreiben, dass es einer Reform der internationalen Finanzinstitutionen bedarf, um Finanzflüsse effektiver und flexibler den Städten und Kommunen zur Verfügung zu stellen. Können Sie kurz beschreiben, wie eine solche Reform aussehen müsste und welche Schwerpunkte sie haben müsste. Sie beschreiben das Vorhaben C40 CFF und sagen, es wäre sinnvoll, Ansätze wie diese zu skalieren. Welche konkreten Schritte würde es dazu brauchen, und was könnte die Bundesrepublik als Partner der EZ dabei tun?

Der **Vorsitzende** Die Kollegen Dietmar Friedhoff und Ullrich Oehme von der Faktion der AfD teilen sich die Redezeit.

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD) Also, die Bevölkerungsdynamik in Afrika wird den Kontinent vor viele Zukunftsfragen stellen. Eine davon ist eben, wie viele Menschen werden wann, wie und wo zusammenleben. Wenn wir das einmal vom Ende denken, gibt es hier vielleicht zwei spannende Frage. Wie viel Stadt verträgt Land? Und wie viel Mensch verträgt Stadt? Geht Urbanisierung nicht letztendlich auf Kosten der Stärkung der, von uns aus gesehen, hoffentlich stattfindenden Stärkung des ländlichen Raumes, weil der ländliche Raum nach wie vor da-

für zuständig ist, beispielsweise die Städte mit Nahrung zu versorgen. Eine Schwächung auf Kosten von Urbanisierung würde sicher nicht zielführend sein. Wie viel Fläche benötigt ein Mensch in einer Stadt, um überhaupt sozial gesund zu leben? Wie stellt man sich in Afrika in diesen Megacities die Mobilität vor, wie die Energieversorgung. Ganz wichtig ist auch, und das haben wir in Kairo vor Ort gesehen, dass Städte immer brutal von außen weiterwachsen, und dann ist zum Beispiel Abwasser und Wasser ein riesiges Thema. Schlussendlich, wie beurteilen Sie eine Megacity in Zeiten von Corona oder von Pandemien allgemein? Ist es da zielführend, Städte megagroß zu machen?

Abg. **Ulrich Oehme** (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender, mein Dank auch an die SV für die eingereichten Stellungnahmen. Meine Frage richtet sich an Dr. Rothfuß. Prognosen besagen, dass bis zum Jahr 2050 die Bevölkerung in Afrika auf 2,5 Milliarden Menschen anwachsen wird. Dieses Bevölkerungswachstum wird natürlich einen Migrationsdruck erzeugen. Über welche Formen der Migration reden wir hier, welche Rolle spielt dabei die Urbanisierung, und wie kann eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik dazu beitragen, internationale Migration einzudämmen? Die Entwicklungspolitik verfährt nach dem Motto: „Hilfe zur Selbsthilfe“. Dahinter verbirgt sich stets die Frage, wie weit diese Hilfe gehen darf, bevor sie kontraproduktiv wird. Welche Fehler wurden bei der Stadtentwicklung in der Vergangenheit in Afrika gemacht, und inwiefern müssen hier endogene Potentiale oder sogar Vorleistungen vorausgesetzt werden? Die Bundesrepublik ist eine der bedeutendsten internationalen Geldgeber in der Entwicklungspolitik mit derzeit über 20 Mrd. Euro. Wie kann die deutsche Wirtschaft gewinnbringend an der afrikanischen Urbanisierung teilhaben? Wir wissen ja, dass China ein sehr starker Player in Afrika ist. Wie sehen Sie persönlich das Engagement Chinas?



Der **Vorsitzende** Abg. Dr. Christoph Hoffman von der Fraktion der FDP, bitte.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP) Urbanisierung in Afrika ist natürlich ein wichtiges Thema, und ich bin froh, dass wir das hier heute debattieren und unser Wissen erweitern können. Im Grunde ist es ähnlich, wie in Deutschland. Wir haben in Deutschland auch eine Urbanisierung, weil die Menschen sich in den Städten bessere Lebensverhältnisse versprechen. Der Motivationsgrund ist eigentlich der gleiche. In meinem Heimatdorf sind jetzt ältere Leute weggezogen, weil sie den Service vor Ort nicht mehr haben, den sie in der Stadt haben. Also sind sie in die Stadt gezogen. Genauso ist es auch in Afrika. In der Stadt gibt es Strom und Wasser, und vielleicht auch Arbeit, informelle Jobs. Das ist eigentlich der Treiber der Urbanisierung in Afrika, und darüber sind wir uns alle im Klaren. Ich möchte das Thema noch einmal aufrollen. Die Kommunen sind eigentlich diejenigen, die den Gestaltungshebel in der Hand haben sollten. Da ist meine Frage an Herrn Thomas Stellmach, inwieweit sind Kommunen in Afrika wirklich Akteure? Zum Beispiel: Haben sie Steuermittel, über die sie verfügen können, und können sie damit dann planen und gestalten und zum Beispiel ein Neubaugebiet etablieren? Erhalten sie Steuern vom Staat, können sie selbst Steuern erheben? Das sind wichtige Fragen, denn wenn die Finanzierung der Kommunen nicht gesichert ist, brauchen wir uns über deren Gestaltungsmöglichkeiten keine Gedanken machen. Oder ist es in Afrika tatsächlich so, dass die Gestaltung einer Hauptstadt dann erledigt und geplant wird, wenn Sie uns da vielleicht aufklären, Herr Stellmach. Wo gibt es gelungene Beispiele für eine Stadtentwicklung in Afrika, und warum scheitern andere Staaten? Können Sie uns noch einmal sagen, ob es Zusammenarbeit mit dem Privatsektor gibt? Auch in Deutschland werden Baugebiete oft von Privatinvestoren mit entwickelt. Gibt es so etwas auch in Afrika? Welche Mög-

lichkeiten haben wir da, und welche Konsequenzen hat das für die Art der Unterstützung, die wir in der EZ über Finanzierungsinstrumente leisten könnten. Frau Prof. Ley, inwieweit agieren die Kommunen tatsächlich transparent, und sind die Maßnahmen demokratisch etabliert? Die demokratische Struktur einer Good Governance ist nicht überall gegeben, wie wir wissen. Ist das aber nicht die Voraussetzung, um eine gesunde Entwicklung der Städte hinzubekommen und die Dinge zu steuern. Wenn ich die Leute nicht mitnehme, die in meiner Stadt wohnen, weil ich nicht legitimiert bin und auch keine Akteure im Feld habe, dann wird das natürlich extrem schwierig.

Der **Vorsitzende** Nun folgt Abg. Eva-Maria Schreiber von der Fraktion DIE LINKE..

Abg. **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.) Herzlichen Dank für die Stellungnahmen. Urbanisierung ist eine der größten Transformationen, die Afrika im 21. Jahrhundert bevorsteht. Bisher ziehen die Menschen in ungerechte Städte. Die Mehrheit lebt in informellen Siedlungen, arbeitet in prekären Verhältnissen, meist im informellen Sektor. Bis jetzt ist also Urbanisierung in Afrika Katalysator verschiedener Ungleichheiten. Der politische Kampf gegen Ungleichheiten wird damit zunehmend ein urbaner. Darüber hinaus sind Städte weltweit für über 70 Prozent aller CO₂-Emissionen verantwortlich, wobei der Großteil der notwendigen städtischen Infrastruktur in Afrika noch gar nicht gebaut ist. Wie, von wem und unter welchen Bedingungen diese Infrastruktur gebaut werden soll, ist unklar. Ich fange gleich mit meinen Fragen an, zuerst an Martin Dirr. Die gestiegene Bedeutung der Stadt, ich erwähnte gerade, dass da noch nicht alles gebaut ist, das sind Chancen für Veränderungen. Baumaterialien wie Zement, die im Westen bevorzugt sind, haben eine schlechte Klimabilanz. Sie sind traditionell nicht üblich und sollten wegen der hohen Kosten und Abhängigkeit vom Norden nicht auf die Länder



des Südens übertragen werden. Wie kann die Verwendung von ökologisch nachhaltigem Baumaterial wie Bambus, Holz und Lehm in der EZ besser unterstützt werden, damit Armutsbekämpfung und Klimaschutz an vorderster Stelle stehen? Sie haben die Chancen von Stadtentwicklungsfonds nach dem Vorbild der internationalen Klimafonds erwähnt. Welche strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen sollten berücksichtigt werden, damit SDG 10 und SDG 11 zur Geltung kommen? Frau Prof. Ley, Sie erwähnen die Notwendigkeit, dass informelle Siedlungen und informelle Sektoren anerkannt werden sollten. Eine Formalisierung der Beschäftigungsverhältnisse würde nicht zu einer Verbesserung für die Menschen führen. Inwieweit könnte aus Ihrer Sicht die Bundesregierung die Instrumente, die sie dafür anführen, z. B. temporäre Landrechte statt Übertragung von Eigentum, stärken? Wie können wir Positivtrends, wie connective cities und andere zivilgesellschaftliche Netzwerke, stärken, und was erwarten diese Netzwerke von ihren Regierungen und internationalen Partnerinnen wie der deutschen Bundesregierung? Außerdem spielen Sie auf die immensen Finanzierungslücken für Infrastrukturinvestitionen an, auch weil staatliche Steuereinnahmen fehlen. Wie könnte die Bundesregierung neue Finanzierungsinstrumente einsetzen, um direkt die Kommunen zu unterstützen. Ist das mit den Finanzierungen strenger Nachhaltigkeit, Überwindung der Armut und demokratischer Teilhabe möglich?

Der **Vorsitzende** Die erste Fragerunde beendet VPn Claudia Roth von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich freue mich sehr, dass ich heute an der Anhörung teilnehmen kann. Ich freue mich auch, dass sie stattfindet, zwei Tage bevor der Generalsekretär der VN bei uns im Bundestag reden wird. Er

kommt am Freitag, und er hat ja in den letzten Tagen sehr bemerkenswerte Aussagen gemacht. So hat er gesagt, unser Planet ist kaputt, und unsere Herausforderungen wird der Frieden mit der Natur sein. Ich glaube, die zweite große Herausforderung ist, dass wir Demokratien stärken gegen autoritäre autokratische Tendenzen müssen, und da spielt natürlich die Entwicklung in den Städten eine riesengroße Rolle. Wenn heute, meine Kollegin Schreiber hat das schon gesagt, 70 Prozent weltweit der Treibhausgasemissionen von den Städten zu verantworten sind, dann muss natürlich der Ansatz sein, die Klimakrise in der Stadt zu bekämpfen. Wenn es um die Stärkung der Demokratien geht, dann muss es sehr stark darum gehen, die Stabilität der Städte auch durch partizipative Momente zu unterstützen. Meine Fragen richten sich an Herrn Dirr. Rund die Hälfte aller Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern liegen weltweit in Gebieten, in denen es jetzt schon Wasserknappheit gibt. Im Jahr 2050 wird mehr als 1/3 der Weltbevölkerung, sagt der Leiter des UNOCHA, betroffen sein von starke Wasserstress. Dort wird die Wasserentnahme das vorhandene Angebot um 50 Prozent übersteigen. Was sind da unsere Antworten? Was können unsere Antworten sein? Mit welchen partnerschaftlichen Ansätzen könnte der Wasserknappheit entgegengewirkt werden? Welche Rolle spielen öffentliches und privates Kapital? UNOCHA-Leiter Mark Lowcock hat vor ein paar Tagen gesagt, dass wir eine Art Poly-Pandemie erleben. Wir haben eine Klimakrise, wir haben die COVID-19-Pandemie, wir haben Gewalt und Konflikte und er spricht davon, dass im Jahr 2050 etwa eine Milliarde Menschen vertrieben werden, die davon betroffen sind. Das heißt, wir werden es auch in der Zukunft verstärkt mit neuen Städten zu tun haben, wie Zaatari in Jordanien, die große Stadt des Flüchtlingslagers mit über 100 .000 Einwohnern, oder Daadab. Was gibt es hier für Ansätze, mit dieser Form von neuen Städten umzugehen? Herr Dirr, Sie schreiben, ich zitiere: „Auf der lokalen Ebene



geht es um Stärkung von Stadtverwaltungen und städtischen Betreibergesellschaften in der Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen für eine nachhaltige klimagerechte Stadtentwicklung“. Können Sie uns ein paar best practices nennen aus Ihrer Erfahrung in Afrika? Sind Ruanda und Äthiopien wirklich positive Beispiele, wenn es gerade in Äthiopien zur systematischen Vertreibung und Umsiedlung von sozial marginalisierteren Menschen gekommen ist?

Der **Vorsitzende** Nun erfolgt die erste Antwortrunde, und pro SV sind acht Minuten Zeit für die Beantwortung eingeplant. Es beginnt Herr Martin Dirr. Bitte schön.

Martin Dirr (Leiter C40 CFF, GIZ) Vielen Dank für die Einladung. Es freut mich sehr, heute hier sprechen zu dürfen. Ich wünschte, ich hätte 20 Minuten Zeit wegen der Bedeutung des Themas, aber auch wegen der sehr guten Fragen. Zur Dimension möchte ich ein Beispiel verwenden: Stellen Sie sich vor, Berlin würde in 18 Jahren seine Bevölkerung verdoppeln, wir hätten anstelle von 3,7 Millionen Menschen dann 7,4 Millionen Menschen. 7,4 Mio. Menschen, die Wohnungen und Grundversorgung brauchen. Wir brauchen insbesondere eine Entwicklung, die eine lebenswerte Stadt und eine klimaschonende Stadt schafft. Wenn wir uns vorstellen, dies würde nicht nur in Berlin stattfinden, sondern in allen Städten gleichzeitig in Deutschland, dann ist das die Dimension, die momentan in Afrika passiert. Auch afrikanische Städte sind oder werden damit überfordert, und das führt dazu, dass wir uns bewusst sein müssen, dass Bevölkerungswachstum in Städten informell abgefangen wird, denn in informellen Siedlungen finden Menschen ihre Unterkunft. Informelle Siedlung heißt, dass sie außerhalb städtischer Planung, außerhalb städtischer Daseinsversorgung und oftmals auch ohne Rechtssicherheiten existieren, und ein Großteil der Bevölkerung findet Arbeit in eben

diesem informellen Sektor. Ich möchte das jetzt nicht verteufeln, weil der informelle Sektor auch eine unglaublich hohe Bedeutung und Funktion in der Daseinsversorgung, in der Versorgung mit Wohnraum, aber auch in der Schaffung von Einkommensmöglichkeiten hat. Es geht nicht darum, das Informelle zu bekämpfen, sondern diese anzuerkennen als wichtiges Kriterium des Bevölkerungswachstums der Urbanisierung in Afrika. Zu den Fragen der Infrastruktur, und was „schlecht vorbereitet“ oder „schlechte Infrastrukturen“ bedeutet. Ich hoffe, damit viele Fragen abdecken zu können. Infrastruktur, die nicht an den lokalen Bedarf und der lokalen Bevölkerung angepasst ist, die nicht an den Kriterien einer Nachhaltigkeit und eines Klimaschutzes gerecht wird, die keine soliden Finanzierungsgrundlagen haben, belasten Städte auf dreierlei Weise: 1.) erzielen sie nicht ihre Wirkung und erreichen nicht die Zielgruppe, 2.) besteht die Gefahr des sogenannten „lock-ins“, das heißt, schwer reversibler negativer Entwicklungspfade insbesondere in Bezug auf Treibhausgasemission, 3.) sie belasten auch langfristig kommunale Haushalte. Kreditrückzahlungen und auch Bewirtschaftungskosten schränken zukünftiges Handeln enorm ein, und daher besteht so ein hoher Bedarf bei der Unterstützung, bei der Planung und bei der Vorbereitung nachhaltiger Infrastrukturprojekte in Städten. Hier kommen wir zu der Verbindung mit guter Regierungsführung. Ich denke, die Schnittstelle ist sehr eng, und das funktioniert nur, wenn die Stadtverwaltung dazu in die Lage gebracht wird, weil die Dimensionen so enorm sind. Gute Regierungsführung und Infrastrukturversorgung gehen Hand in Hand. Die Grundlage dafür sind auf der einen Seite die Fähigkeiten, nicht nur die Projekte vorzubereiten, sondern auch unterschiedliche Finanzierungskonzepte zu kennen, aber insbesondere auch ein gutes kommunales Finanzmanagement, eine transparente Buchführung und ein gutes Ausgabenmanagement. Das sind alles die Grundlagen, nicht nur für Kreditwürdigkeit, sondern auch



für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Infrastrukturbestands der Städte. Auf der anderen Seite, und da kommen wir zu Fragen der Finanzierung, geht es darum, lokal angepasste Finanzierungsinstrumente bereitzustellen, das heißt idealerweise Darlehen, die den Kommunen direkt und in lokaler Währung zur Verfügung gestellt werden, sodass Währungsrisiken umgangen werden könne. Das heißt ebenso Finanzierungen, die ermöglichen, kleinvolumige kleinteiligere Projekte, auch auf Stadtteilebene, zu finanzieren. Da tun wir uns noch etwas schwer. Das sind aber oftmals die Ansätze, die schnelle und greifbare Wirkungen erzielen. Zu dem, was Abg. Stein sagte, mit der Verbindung zu guter Regierungsführung. Ich denke, es ist wichtig, dass man hier die Dualität adressiert, auf der einen Seite erfahrbare Verbesserungen der Lebensbedingungen zu erreichen, also eine verbesserte Grundversorgung und verbesserten Wohnraum, und das auf der anderen Seite zu koppeln mit städtischen Reformen, mit Reformen auf der Government-Ebene, sei es in Bezug auf die Planung, sei es in Bezug auf das kommunale Haushaltsmanagement. Abg. Matschie, Sie haben mich gefragt nach Beispielen in Afrika. Also, vielleicht nehme ich kurz das Beispiel von unserer Initiative. Unsere Initiative unterstützt Städte dabei, Projekte vorzubereiten und Finanzierungen zu erschließen, aber dadurch wird halt auch dieses Vehikel des Projektes genutzt, um in der Stadt an praktischen Beispielen Instrumente der Planung, der Finanzierung und der Umsetzung zu erproben. In Durban, Südafrika, ist die Situation so, dass die Stadt zunehmend von dem Anstieg der Überschwemmungen bedroht ist, und gleichzeitig mangelt es an Wasser, was der Klimawandel mit sich bringt. Wir unterstützen die Stadt bei der Planung und Umsetzung eines transformativen Wassermanagements. Das bedeutet 1.000 Kilometer Flusswege werden mit sogenannten ökosystembasierten Ansätzen bewirtschaftet, also nicht mit harter Infrastruktur, nicht Beton, sondern es werden Überschwemmungsgebiete

geschaffen, und es wird dafür gesorgt, dass die Vegetation regelmäßig aus den Flüssen befreit wird. Wir entwickeln mit der Stadt ein integriertes Bewirtschaftungskonzept, eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse, aber auch ein tragfähiges langfristiges Finanzierungskonzept. In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft schaffen wir über 200 Kooperativen, die bis zu 10.000 Arbeitsplätze, insbesondere für die arme städtische Bevölkerung im Rahmen dieser Maßnahme schaffen. Aber wie gesagt, es geht auch um die Stärkung der guten Regierungsführung und der Leistungsfähigkeit der Kommunen, und daher unterstützen wir die Verankerung von Strukturen und Verfahren in den Stadtverwaltungen. Das ist die große Herausforderung, dass es nicht nur ein On-Off ist, sondern wir wollen, dass das Verfahren in den Institutionen verankert wird und dort zu einer langfristigen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Kommunen beiträgt. Zudem unterstützen wir Kommunen in der Umgebung durch einen Wissenstransfer. Ich denke, das ist ein sehr wichtiges Instrument. Städte sind innovativ, sie lernen schnell, und sie lernen gerne voneinander. Der Austausch auf Augenhöhe zwischen den Städten empfinde ich als ein besonders effektives Mittel. Da ist manchmal auch ein wenig Wettbewerb dabei. Wer hat es schon gerne, dass die Nachbarstadt besser ist als meine eigene. Das kann man nutzen, und das ist in Südafrika geschehen. Da übernehmen bereits drei andere Kommunen diesen Ansatz und setzen ihn in ihrer Kommune um. Wie können wir solche Ansätze skalieren? Die C40 CFF wird momentan von der deutschen Regierung, vom BMZ, unterstützt, aber auch vom Ministerium für Energie und industrielle Entwicklung in GB, und auch USAID hat wieder bei uns angeklingelt, die uns unter Barack Obama unterstützt und dann eine vierjährige Pause eingelegt haben. Sie wollen jetzt wieder an Bord gehen. Es gibt Interesse auf internationaler Ebene, das Thema ist erkannt. Ich denke, da ist Potential, Partnerschaften und Allianzen auf internationa-



ler Ebene zu schaffen, um Initiativen gemeinsam zu unterstützen, um vielleicht auch Energien und Ansätze zu bündeln und damit Mittel effektiver und effizienter einzusetzen.

Prof. Dr. Astrid Ley (Lehrstuhl Internationaler Städtebau, Universität Stuttgart) Vielen Dank für die Einladung. Es verleitet natürlich angesichts eines dynamischen Stadtwachstums dazu, sich verstärkt um Themen der technischen Machbarkeit zu kümmern. Aber ich möchte unser Augenmerk eher darauf richten, dass es zunehmend eine Frage der Governance ist, mit der man sich beschäftigen muss. Stadtwachstum per se, Urbanisierung per se sind kein schädlicher Prozess, sondern hier erwachsen auch neue Möglichkeiten, wenn er entsprechend gestaltet werden kann. Da spielen Klein- und Mittelstädte eine wichtige Rolle, und das wurde gerade bereits angesprochen. Die haben für Afrika einen ganz besonderen Stellenwert, weil diese Städte eine Dynamik auffangen. Hier entstehen besonders Fragen, wie sich Good Governance-Positionen ausbauen lassen und welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen. Wenn wir uns mit dieser Komplexität der Stadtentwicklung in Afrika beschäftigen, dann geht es auch um die Selbstorganisation, wodurch in weiten Teilen die Stadtförderung in afrikanische Städte getragen wird. Die Frage ist, wie können wir in diesem Sinne Akteure und die Komplexität dieser Akteure, die vor Ort zugegen sind, in diese Prozesse mit einbeziehen. Es sind also nicht allein die Kommunen, die hier zu stärken sind, sondern zivilgesellschaftliche Organisationen, informelle Ökonomien und weitere Akteurskonstellationen, die in diesem Governance-Prozess mit einbezogen werden sollten. In diesem Sinne möchte ich das Augenmerk insbesondere auf die Informalität richten. Es ist oft von einer unkontrollierten Ausbreitung der Städte, wo auch Kairo als Beispiel genannt wurde, die Rede. Man sollte sich bewusst sein, dass in afrikanischen Städten dies den Großteil der Stadt ausmacht. Das sind zum Teil

70 Prozent der Städte, die durch informelle Prozesse geprägt sind. Somit sind das in einer gewissen Weise die eigentlichen afrikanischen Städte und hier stellt sich die Herausforderung, wie man das auch als Potential verstehen kann. Wir haben vonseiten der Stadtforschung noch gar nicht verstanden, wie Städte wie Kairo heute überhaupt noch funktionieren. Das erscheint alles ungeplant, aber auch hier sind Prozesse im Gange, auch wenn sie nicht vergleichbar sind mit deutschen Planungsabläufen. Hier sehe ich einen wichtigen Beitrag, dass man nicht von einer Planung ausgeht, sondern es muss vielmehr um eine strategische Intervention in bestehende Prozesse gehen. Als Beispiel geht es also weniger um den Abriss und Neubau informeller Siedlungen, sondern um deren schrittweise Aufwertung. Abg. Schreiber, wir sollten uns dem Gedanken zuwenden, andere Instrumente zu finden, wie man mit dieser Informalität umgehen kann, abseits von Formalisierung. Die Erfahrung ist, sobald ein Prozess der Formalisierung einsetzt, entstehen neue Vulnerabilitäten. Wenn zum Beispiel Bodenrechte vergeben werden, werden die Menschen oft von ihrem Land vertrieben; es geht vielmehr darum, das anzuerkennen, was da ist. Deshalb habe ich in meinem Papier auch die temporären Landrechte erwähnt. Wenn die Menschen erst einmal die Sicherheit haben, dass sie nicht vertrieben werden, dann setzt ein Prozess ein, dass sie in ihre Siedlungen investieren und ein Prozess der Konsolidierung stattfinden kann. Ein Beispiel dafür wäre ein Programm Insitu Upgrading, das die KfW aufgebaut und finanziert hat. Hier dürfen Menschen in einem bestimmten Gebiet leben, ohne dass Bodenrechte vergeben werden. Dadurch können die Menschen beispielsweise ein Bankkonto eröffnen, einen Vertrag abschließen, und erste Schritte unternehmen auf dem Weg hin zu einer eigenen konsolidierten Entwicklung. Eine weitere Frage, die ich auch als eine strategische Intervention betrachte ist die Frage, wie wir eigentlich die Städtenetzwerke stärken können. Hier wurde



auf Connective Cities oder zivilgesellschaftliche Netzwerke eingegangen. Ich denke, wenn wir über Netzwerke sprechen, dann besteht deren Vorteil vor allem darin, dass diese einen Wissens- und Erfahrungsaustausch ermöglichen zwischen Planern in Kommunen oder zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, also ein Peer-to-Peer-Austausch. Wir müssten also eigentlich investieren in solche Prozesse, aber häufig sind Projekte nicht so angelegt, dass die Finanzierung in Prozesse fließt, weil deren Wirkung sehr schwer nachzumessen oder zu vollziehen sind. Eine andere Frage ging auch in Richtung der Rolle der Kommunen hinsichtlich der Finanzierungslücken. Das ist in den anderen Papieren noch mehr erläutert. Es ist anders als in unserem deutschen Kontext, denn das kommunale Selbstverwaltungsrecht ist oft einfach nicht vorhanden, und Ressourcen werden häufig nicht weitergegeben an die kommunale Ebene. Außerdem haben die Kommunen die Schwierigkeit, dass sie auf dem normalen Finanzmarkt keine Anleihen erhalten. Hier wäre natürlich die Möglichkeit, das zu stärken und das Risiko sozusagen abzudecken, denn oft bestehen Bedenken, risikoreiche Investitionen zu tätigen, und so könnte man eine Lücke abdecken. Es wäre ganz wichtig, vor allem für Klein- und Mittelstädte, hier Kapazitäten auszubauen und die Menschen zu befähigen, diese Mittel in entsprechende Interventionen umzuwandeln.

Der **Vorsitzende** Frau Prof. Ley, ich habe Ihnen ohnehin schon Zeit dazugegeben, nach den anfänglichen technischen Schwierigkeiten, aber nun müssen Sie schließen. Vielen Dank, und ich gebe gleich weiter an Herrn Dr. Rainer Rothfuß.

Dr. Rainer Rothfuß (Diplom-Geograph) Ich möchte in meinem Statement auch die Konterseite etwas beleuchten, denn Urbanisierung hat eben auch die Kehrseite der Medaille, dass nämlich ländliche Entwicklung im Sinne von Schrumpfung stattfindet. Ich denke, dass wir

dort einen Fokus legen müssen für die zukünftige Entwicklung in Afrika, und dies auch seitens der deutschen EZ fördern sollten, dass die ländliche Entwicklung wieder eine neue Dynamik gewinnt. Wir wissen, wenn wir von Zahlen sprechen, gar nicht genau, wie weit die Urbanisierungsquote oder der Urbanisierungsgrad in Afrika schon gekommen ist. Es wird immer die Zahl der VN genannt, 43 Prozent Urbanisierungsgrad. Es gibt aber auch den „Atlas of the Human Planet“, ein Forschungsprojekt der Europäischen Kommission, der mit geographischen Informationssystemen die Siedlungsstrukturen der gesamten Welt analysiert hat und in Afrika zu einer Urbanisierungsquote von 81,3 Prozent kommt. Das heißt, irgendwo in dieser Bandbreite bewegt sich Afrika mit einer unglaublichen Dynamik und unglaublicher Urbanisierungsrate. Es gibt Städte, die in jedem Jahr mit 500.000 zusätzlichen Einwohnern klar kommen müssen, was für deutsche oder europäische Verwaltungen unglaubliche unvorstellbare Herausforderungen darstellt und wo letztendlich die deutsche EZ sicherlich auch an ihre Grenzen gerät, weil sie gar nicht versteht, was die Aufgaben sind, die diese Verwaltungen dort zu lösen haben. Das gilt auch für die dort lebenden Menschen im spontanen Umgehen mit diesen Herausforderungen, das Fehlen von Infrastruktur und Dienstleistungen und welche Herausforderungen da zu lösen sind. Frau Prof. Ley hat es auch gesagt, die Forschung versteht nicht immer, wie diese Städte trotzdem funktionieren. Deswegen müssen wir Abstand nehmen von irgendwelchen altklugen Modellvorschlägen, die einfach zu übertragen sind. Was wir aber definitiv sagen können, ist, die ländlichen Räume bluten aus, nicht nur wegen einer Klimaveränderung oder Ressourcenverknappung, sondern eben auch, weil es Landgrabbing gibt, weil internationale Kapitalkonzerne in diese Länder eindringen und sich wertvolle Landressourcen aneignen, meistens sind das die besten landwirtschaftlichen Flächen und diese nutzen sie, um Nahrungsmittel zu exportieren. Das ge-



schiebt, obwohl wir laut WFP wissen, dass die Nahrungsmittelversorgung in Afrika definitiv heute schon prekär ist. Durch die Corona-Lockdown-Politik, die völlig verfehlt ist, insbesondere in Afrika, wenn dadurch die Bestellung der Felder beeinträchtigt wird, wird sich das noch verstärken. Neben diesem Landgrabbing haben wir noch weitere Prozesse, wie Mechanisierung der Landwirtschaft, Latifundisierung würde man jetzt in Lateinamerika sagen, und so bilden sich immer mehr Großbetriebe und dadurch werden Kleinbauern an den Rand gedrängt und verdrängt werden. Letztendlich wird durch das Bevölkerungswachstum der Prozess der Erbteilung, bei dem Besitztümer in kleinbäuerlichen Betrieben an die Kinder aufgeteilt werden, die dann weiter wirtschaften, immer mehr. Alle diese Prozesse stoppen eine ländliche Entwicklung und verhindern, dass die junge Generation im ländlichen Raum eine Perspektive findet. Deshalb haben wir es mit Push-Effekten bei dem Urbanisierungsprozess zu tun. Menschen haben keine Perspektiven mehr im ländlichen Raum und gehen dann notgedrungen in die Stadt. Es ist also nicht so wie beim Industrialisierungsprozess in Europa, dass sie angezogen werden von den Arbeitsmöglichkeiten, sondern sie werden in den städtischen Raum gezwungen und dort dann gefangen gehalten. Das ist ein Prozess des Slum Urbanism, wo die Lebensbedingungen oft noch schlechter sind als im ländlichen Raum. Deswegen ist mein Plädoyer, dass wir ein besonderes Augenmerk legen müssen auf die Entwicklung des ländlichen Raumes und damit auch auf Landbesitzreformen, die dringend notwendig wären, um Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum zu schaffen, damit diese auch marktkonform tatsächlich erschlossen werden können. Es ist aber auch genauso wichtig, dass die Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsdienstleistungen dort ausgebaut werden, um den ländlichen Raum besser an den städtischen Raum anzubinden. Da sprechen wir nicht nur von den Megacities und weit entfernten ländlichen Räumen,

sondern es muss letztendlich ein dezentrales Netz geschaffen werden, auch in kleineren städtischen Siedlungen, die häufig übersehen werden. Aus der Ferne sehen wir immer nur die Megacities, aber über 50 Prozent der urbanen Bevölkerung lebt in Afrika in kleineren und mittleren Städten. Ein anderer sehr wichtiger Punkt ist, dass wir erkennen, dass diese gesamten Prozesse uns in Europa durchaus betreffen und auch angehen. Es kann uns nicht kalt lassen, wenn die Bevölkerung sich in Afrika bis 2050 nahezu verdoppeln und 80 Prozent des Bevölkerungswachstums nach der aktuellen Trendprognose im städtischen Raum stattfinden wird. Denn Menschen, die im städtischen Raum keine richtige Heimat und keine gute Versorgung finden, Menschen, die dort quasi entwurzelt sind, nicht wertgeschätzt werden und keine persönlichen Entwicklungsperspektiven haben, sind in der Tat eine entwurzelte Bevölkerung, die bei Krisen geneigt sein wird, die Option „Migration nach Europa“ zu wählen. Das ist nicht nur der Faktor Klimaveränderung oder Ressourcenverknappung, sondern, das ist auch der Faktor, dass sich immer mehr entwurzelte Bevölkerungsteile in perspektivlosen Slumgebieten Afrikas ansammeln und geneigt sein werden, in der Migrationsoption ihre Zukunftsperspektive zu erschließen. Daher ist es sehr wichtig, dass wir hier versuchen, steuernd und unterstützend einzugreifen. Aber immer auch in Partnerschaft mit den afrikanischen Städten, die Bescheid wissen, wie die Probleme faktisch zu lösen sind. Daher ist es auch ein wichtiger Aspekt, dass eine Städtevernetzung sehr stark gefördert wird, Know-how-Transfer zwischen den verschiedenen kommunalen Entscheidungsträgern stattfindet und Best Practice-Projekte, wie es beispielsweise in Ruanda der Fall ist, wo mit lokal erzeugten Baumaterialien Siedlungen gebaut werden, im traditionellen afrikanischen Stil, und wo darauf geschaut wird, dass die Siedlungsstrukturen ein soziales Miteinander ermöglichen. Solche Möglichkeiten müssen, auch als Leuchtturmprojekte, übertragen wer-



den in andere Länder Afrikas. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende** Besten Dank, Herr Dr. Rothfuß und abschließend erteile ich Herrn Thomas Stellmach das Wort. Bitte schön.

Thomas Stellmach (TSPA) Vielen Dank für die Einladung und vor allem für die präzisen und wichtigen Fragen. Ganz kurz zu meiner Person, ich bin Stadtplaner hier in Berlin, aber ich spreche vor allem aus meiner Erfahrung als Experte für nachhaltige Stadtentwicklung für UN-HABITAT, und das werden Sie wahrscheinlich zum Teil auch heraushören, und aus direkter Projekterfahrung, vor allem in Ostafrika, in Kenia, Ruanda, Mozambik, Uganda, Südafrika und Äthiopien. Vielleicht werde ich direkt auf die Fragen, die an mich gerichtet sind, eingehen und am Rande einige zusätzlichen Fragen beantworten. Zuerst vielleicht eine erweiterte Perspektive zu den Kommentaren von Dr. Rothfuß. Die Stadt ist eine Chance für Nachhaltigkeit, denn es ist durchaus möglich, die Entwicklung des ländlichen Sektors und der Landschaft zu sehen mit der Entwicklung der Städte. Eine bessere Stadt kann auch bedeuten, eine stärkere Landschaft und neue ökonomische Systeme. Es ist oft der Fall, dass Menschen, die in die Städte gewandert und zunächst in den Slums angekommen sind, sich dann aber etablieren und Ökonomien schaffen durch remittances, also Sendungen von Geld in ihre ursprünglichen Heimatdörfer, wo sie dann dort zu einer Stärkung der Ökonomien beitragen. Es ist also durchaus möglich, dies nicht als Gegensatz zu sehen, sondern als zusammenhängendes System. Das bringt mich zur Frage der Gestaltungskraft der Kommunen, von Abg. Dr. Hoffmann aber auch von Abg. Stein angesprochen. In der Tat findet das Wachstum vor allem in den Mittelstädten statt, in den Marktstädten, den lokalen Zentren. Es ist, was die Kapazität anbelangt, ein immenser Unterschied festzustellen, was in Hauptstädten möglich ist. Davon gibt es meistens nur eine, in manchen Ländern gibt es eine

Dualität, aber wenn man in die Provinzstädte kommt, ist es plötzlich viel schwieriger, Projekte zu finanzieren oder überhaupt kompetente Partner zu finden. Deswegen würde ich sagen, dass das Hauptaugenmerk auf der Stärkung der Kapazitäten dieser Mittelstädte liegen muss. Das muss in Kooperation stattfinden. In diesem Punkt ist auch sehr wichtig, Dezentralisierungsvorhaben zu fördern, denn je mehr Macht und Geld sich in der Hauptstadt und bei der Zentralregierung befindet, umso weniger sind die Kommunen in den Provinzen mündig, ihre Entwicklung selbst zu steuern und zu finanzieren. Deswegen würde ich vorschlagen, dort einen Schwerpunkt zu setzen. Es gab eine Frage nach guten Beispielen und wie die VPn richtig gesagt hat, wir kennen einige gute Beispiele, aber oft kommen die aus sehr autoritären Kontexten. Wenn wir nach Afrika schauen, und wenn ich als Stadtplaner insbesondere eine geplante Stadt sehe und dann nachforsche, dann ist diese Stadt meistens unter Bedingungen geschaffen worden, die wir nicht fördern wollen. Das ist eine extrem schwierige Herausforderung und daher muss ich, wenn ich ganz ehrlich bin, sagen, ein integriertes Stadtentwicklungsprojekt, das nachhaltig ist und gut und aus Afrika kommt, sehe ich derzeit nirgendwo. Allerdings gibt es viele gute Beispiele, wenn wir in einzelne Projekte hineingehen, in einzelne Sektoren gibt es gute Infrastrukturprojekte. Es gibt tolle Projekte, kooperative „land readjustments“, also Flurbereinigungen in Slums, wie in Kenia in Kibera. Es gibt eine lange Liste, die man vielleicht im Nachgang noch verteilen kann. Wichtig ist, dass grundlegende Infrastruktur geschaffen wird, mit unserer Hilfe, in diesen Mittelstädten, so dass die Kommunen und die Zivilgesellschaft selber für Stadtentwicklung sorgen können. Es ist wichtig, dass wir nicht fertige Projekte abliefern, sondern, dass wir Möglichkeiten bieten, Projekte zu entwickeln. Es muss nicht unbedingt der gesamte Wohnungsmangel als „social housing projects“ gelöst werden, sondern es reicht, wenn die grund-



legende Infrastruktur, wie Wasser und Energie, zur Verfügung gestellt wird. Dann kann dort inkrementell im Selbstbau eine Stadt entstehen. Das gilt genauso für neue Städte, für soziale Wohnungsbauprogramme, aber auch für Städte der Flüchtlinge, die nicht als temporäre Lager verstanden werden sollten, sondern als Städte. Derzeit ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Flüchtlings in einem Flüchtlingslager 30 Jahre, das ist fast ein ganzes Leben. Um auf eine weitere Frage zur Rolle des Privatsektors einzugehen, ist es dabei leider so, selbst wenn man von teils sozialen, teils privaten, teils mit der AfDB geförderten Projekten spricht, dass es immer noch keine Projekte sind, die sich an die Ärmsten wenden, sondern eher an diejenigen, die man als Mittelstand bezeichnen würde. Es gibt hier eine riesige Finanzierungslücke, und es wäre wichtig, diese Lücke zu schließen, so dass Projekte des Privatsektors mit Hilfe von Förderung die eigentlichen Probleme angehen können. Natürlich gibt es hier die große Chance, mit lokalen Nichtregierungsorganisationen NGOs zusammenzuarbeiten, die sehr vertraut sind mit lokalen Gesellschafts- und Machtstrukturen und so für ein besseres Funktionieren von Projekten sorgen können. Als besonders schwierig, aber auch besonders wichtig ist es, dass die Probleme immer in einem adäquaten Maßstab zu beantworten sind. Wir haben es eben gehört. Eine Verdoppelung von Berlin in 17 Jahren, Herr Dirr, das ist in der Tat eine Herausforderung. Wenn wir dann mit kleinen Akupunkturprojekten oder einer schönen Toilette, was vielleicht „Made in Wirksam“ ist, aber es beantwortet nicht den eigentlichen Maßstab der Herausforderung. Es gilt, Stadt und Wohnungen für Millionen von Menschen herzustellen, und das ist die Herausforderung. Es gilt auch, dies zu tun, nicht nur im Hinblick auf die Projekte, die wir heute haben, auch wenn diese schon immens sind, sondern auch auf die Projekte, die in den nächsten 20, 30 oder 40 Jahren entstehen, denn das ist der Maßstab von Stadtplanung und Stadtent-

wicklung. Dabei gilt es, den Klimawandel mit zu bedenken. Wir haben die Herausforderung mit dem Wasser kurz angesprochen, und das muss ebenfalls in diesem Maßstab mitgedacht werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende** Dankeschön, das war eine zeitliche Punktlandung. Wir sind exakt im Zeitraster, allerdings ohne zeitliche Reserven. Die nächste Frage- und Antwortrunde wird 32 Minuten in Anspruch nehmen, dann sind wir bei 11:30 Uhr und damit genau bei den 90 Minuten, die den Themenblock A abdecken. Ich gehe gleich in die zweite Fragerunde, die die Fragezeit auf zwei Minuten beschränkt, und wir beginnen wieder mit dem Abg. Stein.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU) Ganz herzlichen Dank. Wir haben gesehen, das ist ein ziemlich breiter bunter Strauß, den man hier besprechen kann. Stadtentwicklung, Urbanisierung spiegelt das gesamte gesellschaftliche Leben und die gesellschaftlichen Entwicklungen einer ganzen Nation wider. Nicht zuletzt ist es so, dass gerade in Städten auch gesellschaftliche Veränderungen, sogar Revolutionen, die meistens mit den Namen von Stadtplätzen verbunden werden, wie der Majdan-Platz oder andere, stattfinden. Eine treibende Kraft ist immer eigentlich die Stadtgesellschaft gewesen, und ich nehme das, was Herr Stellmach sagte, die Hinweise auf rechtsstaatliche Regeln und das Zustandekommen von geordneter städtischer Struktur. Ich glaube, auch so manche europäische Stadt wäre unter den heutigen Regeln nicht in dem Zustand und der Struktur, ich nehme mal die Innenstadt von Paris, wie sie ist. Unter den heutigen demokratischen Spielregeln wäre möglicherweise vieles so einfach nicht zustande gekommen. Insofern sollten wir hin und wieder unsere eigene Geschichte im Bereich Stadtentwicklung zugrunde legen. „Stadtluft macht frei“ hieß es im Mittelalter, also ist auch der freie liberale Bürger eine Erfindung der städtischen Gesellschaft und auch ein Angebot einer städti-



schen Gesellschaft. Deshalb meine Frage: Der Einfluss der Stadt auf gesellschaftliche Entwicklungen, ist das durch Stadtplanung und durch Stadtentwicklung steuerbar?

Abg. **Christoph Matschie** (SPD) Vielen Dank. Ich will aus der ersten Runde noch einmal einen grundlegenden Diskurs aufgreifen. Wir können an die Fragen der Stadtentwicklung in afrikanischen Staaten nicht mit unseren Modellvorstellungen herangehen, sondern wichtig ist, dass Entwicklungsmodelle entwickelt werden, die anhand von konkreten Situationen entstehen. Wir können im besten Falle bei diesem Entstehungsprozess Partner sein. Wenn ein solcher Entstehungsprozess stattgefunden hat, wenn Projekte identifiziert sind, Planungsideen entwickelt sind, bleibt aber immer noch die Frage der Finanzierung. Deutschland ist ein wichtiger Partner in internationalen Finanzierungsinstitutionen, aber eben auch als bilateraler Geber. Deshalb zuerst an Herrn Dirr noch einmal die Frage nach der Reform der internationalen Finanzinstitutionen, um Finanzflüsse effektiver und flexibler den Kommunen zur Verfügung zu stellen, denn die war noch offengeblieben. Können Sie das noch einmal ein bisschen genauer erläutern? Welche konkreten Reformschritte bräuchte es, und welche Rolle kann Deutschland dabei spielen? Meine zweite Frage geht an Frau Prof. Ley. Sie haben in Ihrem Statement nicht nur deutlich gemacht, dass es eine grundlegende Umorientierung der entwicklungspolitischen Handlungsfelder zugunsten städtischer Aufgabenfelder geben sollte, sondern Sie haben auch Vorschläge zu den Finanzierungsinstrumenten gemacht und insbesondere die AfDB in den Mittelpunkt gestellt. Welche Unterstützung könnte von Seiten der Bundesrepublik gegeben werden, um die Aufgaben dieser AfDB im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung zu stärken, und welche bilateralen Möglichkeiten könnten wir zusätzlich nutzen?

Abg. **Markus Frohnmaier** (AfD) Vielen Dank Herr Vorsitzender. Sie hatten berichtet, Herr Dr. Rothfuß, über die dynamische Bevölkerungsentwicklung von 1,3 auf 2,5 Milliarden Menschen bis 2050 in Kombination mit dieser Hyperurbanisierung. Sie hatten ausgeführt, 80 Prozent der Menschen sollen bis 2050 in Städten leben. Ich will hier versuchen, eine Perspektiverweiterung vorzunehmen. Was bedeutet das denn für uns mit Blick auf den Migrationsdruck? Diese Menschen werden natürlich aus diesen Ballungsräumen migrieren wollen, wenn die Lebensverhältnisse nicht entsprechend gut sind. Wir wissen jetzt schon, dass 37 Prozent der Afrikaner in repräsentativen Studien angeben, auswandern zu wollen. Es wurde auch in den Berichten, die hier im Vorfeld eingereicht worden sind, gesagt, dass beispielsweise die Rücküberweisungen nach wie vor als ein wichtiges Instrument der EZ gesehen werden. Wir sehen das eher kritisch, weil Rücküberweisungen, unserer Meinung nach, wenn wir jetzt im Kontext der Migration bleiben, eben dazu anhalten, dass Menschen nach Europa und Deutschland auswandern, um solche Rücküberweisungen vornehmen zu können. Glauben Sie, dass diese Rücküberweisungen in diesem Kontext neu gedacht werden müssen? Sollte man versuchen, so etwas vielleicht hier national zu kodifizieren, damit Rücküberweisungen erschwert werden? Wir wissen über die Studie der VN „Scaling Fences“, dass ein Großteil der Menschen, 60 Prozent der Befragten, angeben, auswandern zu wollen, um dann Rücküberweisungen in die Heimat vornehmen zu können. Für uns stellt sich die Frage vor dem Hintergrund des Migrationsdrucks, was gibt es für konkrete Lösungen? Da wäre zum einen das Thema Charter Cities. Paul Romer, ein Entwicklungsökonom, hat Anfang 2010, meine ich, dazu eine wissenschaftliche Debatte angestoßen. Die Chinesen setzen im Grunde auch schon Charter Cities um. Können Sie dazu vielleicht mehr ausführen, und wäre das nicht eine Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass der Migrationsdruck reduziert wird und



dort eben ein Leben in Arbeit und Sicherheit stattfinden kann?

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP) Vielen Dank an die Experten für die erste Runde. Ich war etwas erschrocken, Herr Dr. Rothfuß, was Sie da an Halbwissen von sich gegeben haben. Zum Beispiel die Schrumpfung der Landbevölkerung in Afrika ist nicht das wirkliche Problem, sondern das eigentliche Problem ist die Landknappheit für die jungen Leute, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen. Es gibt dort einfach zu wenig Land, das ist das Hauptproblem, und deshalb ziehen sie weg. Land Grabbing haben Sie auch vermischt. Land Grabbing versteht man ein wenig anders, aber ich will das nicht weiter ausführen. Das war ein bisschen schwer erträglich, muss ich gestehen, für jemanden, der ein wenig Erfahrung mit diesem Thema hat. Ich will noch einmal zurückkommen auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und deren Finanzierung. Wir benutzen in deutschen Kommunen oft das Instrument, dass privatwirtschaftliche Träger mit eingesetzt werden zur Stadtentwicklung. Herr Stellmach, ich glaube, die Frage haben Sie vergessen, mir zu beantworten. Ist das ein gängiges Instrument, und würde es helfen? Sie haben die Dimension der Herausforderungen sehr schön benannt, dass sie nämlich gewaltig ist. Wir werden sie nicht aus Steuermitteln Deutschlands oder der Geberländer finanzieren können. Das wird so nicht laufen, sondern da muss auch privates Kapital hineinlaufen. Haben Sie da irgendwelche Lösungsansätze, wie das funktionieren könnte? Wir haben noch nicht den ganzen Abfallsektor angesprochen. Herr Dir, können Sie uns vielleicht noch etwas zu dem Thema sagen, denn das ist ein immenses Problem. Wir haben vorher von Herrn Stellmach gehört, dass Wasser und Elektrizität als Grundlage erst einmal da sein sollten. Aber danach kommt gleich der Abfall, und das ist ein Riesenthema. An Sie noch einmal die Frage zur Transformation der informellen Siedlungen. Das ist immer wieder ein

Thema, zumal auf diese informellen Siedlungen niemand Einfluss hat. Die entstehen einfach durch den Willen der Menschen, näher an die Städte zu ziehen. Aber ich muss dann irgendwann sagen, wenn es nicht mehr beherrschbar ist, wenn ich das Abwasser nicht beherrschen kann, wenn ich Trinkwasser nicht beherrschen kann, wenn ich den Strom nicht beherrschen kann, dann muss ich mich fragen, ob eine neue Siedlung nicht besser ist. Wie kann eine solche Transformation gelingen? Haben Sie da gute Beispiele?

Abg. **Helin-Evrin Sommer** (DIE LINKE.) Vielen Dank. Es wurden wichtige Punkte angesprochen, und ich möchte noch einmal zurückkommen auf den Urbanisierungsprozess. Bislang wird von der Prämisse ausgegangen, dass der Prozess der Urbanisierung nahezu unaufhaltsam voranschreitet. Meine Frage zielt auf alternative Gestaltungsmöglichkeiten. Herr Dirr, was könnte aus Ihrer Sicht unternommen werden, um die Dichotomie zwischen Stadt und Land aufzuheben, um eine integrierte Entwicklung zwischen ländlich geprägten Regionen und urbanen Zentren zu ermöglichen? Mit welchen Maßnahmen ließe sich der Urbanisierungsprozess gegebenenfalls besser steuern oder auch verlangsamen, um ihn sozial verträglicher zu gestalten? Vielleicht haben Sie auch hierfür konkrete Beispiele, bei denen es bereits gelungen ist. Meine zweite Frage zielt auf die Verbreitung von informeller Beschäftigung. Abg. Dr. Hoffmann hat es schon angesprochen. Mit welchen unterschiedlichen Strategien und welchen Ergebnissen haben Staaten in Afrika bislang versucht, die weit verbreitete informelle Beschäftigung zurückzudrängen, um der weiteren Zunahme von sozialer Ungleichheit im Rahmen der Urbanisierungsdynamik zu begegnen? Mit welchen geeigneten Instrumenten könnte hierbei nach Ihrer Einschätzung die EZ noch stärker unterstützend wirken? Das wäre ganz wichtig. Ich möchte noch ganz kurz eine Frage an Herrn Dr. Rothfuß stellen. Sie loben die Son-



der Wirtschaftszonen, können Sie dazu noch etwas sagen?

Abg. **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vielen Dank Herr Vorsitzender. Frau Prof. Dr. Ley, wir haben über viele Aspekte gesprochen, wir haben aber noch nicht gesprochen über den Aspekt, der eine zunehmende Bedeutung bekommt, nämlich urbane Gesundheit. Die Erhitzung der Städte, die Luftverschmutzung haben Auswirkungen auf die urbane Gesundheit. Wo sehen Sie da Ansätze, und welche innovativen Ansätze sollte die EZ gemeinsam mit Partnern des globalen Südens fördern? Wodurch könnten kollektive Formen von Flächennutzung oder Zwischennutzungen von Flächen ermöglicht werden, um dem globalen Trend der Privatisierung von Land und Boden und Eigentum entgegenzutreten? Sie haben von unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen gesprochen. Sehen Sie in der Bedeutung der sozialen Stadt und des öffentlichen Raumes auch eine Möglichkeit der Förderung von Demokratie? Herr Stellmach, es gibt bisweilen bei uns so eine Art paternalistische Überheblichkeit. Was können wir eigentlich vom globalen Süden lernen, denn wir haben durchaus auch so unsere Problemchen? Die Corona-Krise hat zu einem ziemlich dramatischen Abzug von Kapital und ausländischen Direktinvestitionen aus Afrika geführt. Was bedeutet das jetzt? Wie kann der enorm hohe Investitionsbedarf in städtische Infrastruktur nach ökologischen und sozialen Kriterien weiterhin getätigt werden? Ich glaube, da haben wir in dieser Region große Probleme. Letzter Punkt: Sie haben dankenswerter Weise schon Äthiopien angesprochen. Was ist dort Ihre Kritik? Was fehlt, wenn man sagt, wir versuchen das Recht auf Wohnen zu erfüllen, das reicht aber nicht aus? Welche weiteren Kriterien müssten dazukommen, also Erwerbstätigkeit oder soziale Versorgung und was noch? Was geschieht, wenn das alles nicht beachtet wird?

Der **Vorsitzende** Dankeschön, das ist die Frage-
runde gewesen. Nun folgt die zweite Antwort-
runde mit jeweils fünf Minuten Redezeit für die
SV. Wir beginnen in umgekehrter Reihenfolge,
und deshalb erteile ich das Wort Herrn Stell-
mach.

Thomas Stellmach (TSPA) Um Gottes Willen,
ich bin noch dabei, meine Antworten zu formu-
lieren. Aber gut, dann machen wir es so. Zu-
nächst zur Rolle der Stadt und zur Förderung
der Stadtentwicklung. Ich würde gerne noch
einmal darauf hinweisen, dass die Stadt durch-
aus als Motor für Demokratie und mehr Rechte
der Bürger gesehen werden kann. Deswegen
lohnt sich eine Förderung von Stadtentwick-
lung nicht nur aus ökonomischen, ökologischen
und Migrationsgründen, sondern auch ganz
klar, damit eine mündigere Gesellschaft ent-
steht. Denn in der Stadt gibt es mehr Zugang zu
Informationen, und wir wissen alle, was mehr
Informationen und mehr Bildung bedeuten. Sie
bedeutet mehr Mündigkeit und mehr Teilhabe
an der Gesellschaft und dadurch auch automa-
tisch mehr Demokratie. Das zahlt sich durchaus
aus. Man kann auch sehen, dass in den afrikanischen
Ländern, die sind natürlich alle sehr unter-
schiedlich, aber in den Ländern, die ich
kenne, ein neues Bewusstsein entsteht. Es ent-
steht eine Mittelschicht, und es ist durchaus
nicht mehr so, dass das große Ziel ausschließ-
lich darin besteht, ins Ausland zu gehen und
dort Karriere zu machen, sondern oft wollen die
Menschen im Ausland lernen, um dann zurück-
zukehren und die eigene Heimat besser zu ge-
stalten. Dieses neue Bewusstsein ist sehr beein-
druckend und geht mit dem Entstehen einer
Mittelschicht einher, und das ist durchaus wei-
terhin förderungswürdig. Das führt dann näm-
lich indirekt zu weniger Problemen bezüglich
Migration etc. Die nächste Frage war zum priva-
ten Kapital. Ich habe es kurz angesprochen. Es
gibt eine riesige Lücke, dass sich der Markt für
die Ärmsten, und das ist wichtigste Projekt in



Afrika, dort Überlebensmöglichkeiten zu schaffen, einfach finanziell nicht lohnt. Nichtsdestotrotz gilt es, ein riesiges Potential privater Investoren mit einzubeziehen. Was wir schaffen müssen, ist eine gemischte Stadt. Das Ziel kann nicht sein, nur endlos sozial geförderte Wohnungen hinzustellen und damit ein Ghetto zu schaffen für die Ärmsten. Es muss vielmehr darum gehen, eine gemischte Stadt herzustellen, und das kann nur mit privaten Partnern gelingen. Deswegen ist ein Hauptziel bei der Stadtentwicklung auf dem afrikanischen Kontinent, der Segregation vorzubeugen. Es ist sehr schwierig, dass gemischte neue Städte entstehen und nicht Städte für die Reichen einerseits und Städte für die Armen andererseits, Gated Communities und teure Hochhäuser einerseits und daneben arme Siedlungen andererseits. Wir kennen alle diese Bilder. Diese gemischte Stadt ist auch automatisch eine dichte Stadt, einfach aus ökologischen und ökonomischen Gründen. Nicht jeder kann sich ein Auto leisten, und deshalb sprechen wir von ganz anderen Herausforderungen. Es geht nämlich um kurze Wege, und eine dichte Stadt erfordert auch eine hohe Qualität von grünen und öffentlichen Räumen. Das ist auch extrem schwierig, wenn wir uns Bereiche ansehen, wo die Kapazität der Verwaltung oft sehr gering ist, um bestimmte Räume freizuhalten von squatting oder von ökonomischen Interessen. Deswegen wäre es da wichtig, dafür zu sorgen, dass eine solche Art von Stadt entstehen kann. Kurz zur informellen Beschäftigung, die auch mit Finanzierung zu tun hat. Wenn wir davon sprechen, dass eine informelle Beschäftigung auch ein wichtiger Teil des ökonomischen Sektors ist, aber gleichzeitig davon sprechen, dass die Städte zu wenig Geld haben, um Infrastruktur zu bauen, ist die Antwort natürlich Besteuerung und damit eine Formalisierung des informellen Sektors. Aber das kann nicht auf einen Schlag geschehen, denn das würde dann einfach unterwandert werden oder zum Kollaps der Ökonomie führen. Da muss man sehr vorsichtig und

schrittweise eine Besteuerung einführen, zum Beispiel kleine Tickets für Straßenverkäufer, die dann etwas bezahlen müssen. Da gibt es Modelle, aber das ist wirklich ein langsamer schrittweiser Prozess, damit es nicht zur Revolution kommt. Zu guter Letzt, was können wir lernen? Wir können lernen von der unglaublichen Dynamik, von dem Glauben an die junge Bevölkerung und von der Überzeugung, dass man den Sprung wagen kann. Wir kennen alle das Wort von dem Leapfrogging, also bei der Stadtplanung mal ein ganz neues Denkmodell zu wagen.

Der Vorsitzende Und nun ist es an Ihnen Herr Dr. Rothfuß.

Dr. Rainer Rothfuß (Diplom-Geograph) Ich möchte in dieser zweiten Runde gerne auf die Frage der Sonderwirtschaftszonen eingehen, die Sie noch ganz kurz ansprechen konnten, Abg. Sommer, weil das ein sehr wichtiger Punkt ist. Von Ihnen, Abg. Frohnmaier, wurde angedeutet, dass Charter Cities eigentlich von China genau in diesen Sonderwirtschaftszonen zumindest schon ansatzweise umgesetzt werden. Ich denke, es ist wichtig, dass wir darauf einen kritischen Blick werfen. Es ist so, Sonderwirtschaftszonen sind ein Charakteristikum vieler Ökonomien in Entwicklungsländern. Es gibt mittlerweile schon 6.000 weltweit, und es ist ein zweiseitiges Instrument, um Entwicklung zu fördern. In einer freien Marktwirtschaft können Sie Investoren nur dazu bewegen, auch in Afrika zu investieren, wenn dort Standortvorteile wahrgenommen werden können und auch gewisse Sicherheiten vorherrschen. Das ist so, weil Afrika im Entwicklungsprozess objektiv gesehen, noch hinter anderen Weltregionen ein Stück weit hinterherhinkt, und das ist nicht so einfach. Günstige Arbeitskräfte als Argument, als Standardfaktor, reichen da nicht aus. Sie brauchen auch eine funktionierende Verwaltung, eine funktionierende Infrastruktur, und ein weiterer Anreiz kann natürlich auch



sein, dass Zölle gesenkt werden für Kapital in diesen Sonderwirtschaftszonen und dass auch Steuern gesenkt werden. Aber da gibt es eine Schwelle zu dem Punkt, wo von einer Ausbeutung dieser nationalen Volkswirtschaften gesprochen werden kann. Ich möchte hier nicht dem wilden Raubtierkapitalismus das Wort reden, denn es müssen faire Bedingungen vorherrschen, so dass die Investoren, die die Standortverteiler dort ausnutzen, auch ihren Beitrag leisten in Form von fairen Steuersätzen. Dann können durch die zusätzliche Ansiedlung des Kapitals auch Afrika und die Breite der dortigen Bevölkerung davon profitieren. Wenn wir aber sagen, Sonderwirtschaftszonen wollen wir generell ausschließen, dann würden wir damit Afrika schaden, denn die Investitionen würden dann eben weiter nach China fließen. Für uns Europäer wäre es von großem Interesse, wenn mehr Investitionen aus Deutschland und aus Europa nach Afrika fließen würden, anstatt nach China oder in andere Länder in Südostasien. Denn wenn dort Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn dort die Besteuerungsbasis verbreitert wird, dann stabilisiert das die Staaten und schafft Entwicklungsperspektiven. Europa muss ein Interesse haben an einer stabilen und gesunden Nachbarschaft. Es ist von daher auch völlig unerklärlich, dass wir bislang keine eingehende Analyse durchgeführt haben in unserer Politik, wie es zur Migrationskrise 2015 kam. Da standen zuvor nämlich Interventionen westlicher Staaten in die außereuropäische Nachbarschaft, die diese Länder so stark destabilisiert haben, wie in Libyen, wo es eine völkerrechtswidrige Militärintervention gab, die dort die staatlichen Strukturen bis heute zerstört hat. Ich spreche auch vom Irak 2003 oder von Syrien ab 2011, wo westliche Interventionen zur Destabilisierung der Länder geführt haben, deretwegen sehr viele Migranten nach Europa kamen. Von daher ist dieser Blick auch sehr wichtig in Punkto Migrationsdruck, dass die eigene Verantwortung zuallererst wahrgenommen wird, die wir für die Stabilisierung

dieser Länder haben. In Punkto Urbanisierungsprozesse können wir da natürlich einen sehr wichtigen Beitrag leisten, indem wir diese Prozesse unterstützen, dass eben Slum Urbanism in Afrika nicht einfach als Faktum hingenommen wird, sondern dass durch Site and Service-Projekte, wie individuelle Aufbesserungsarbeiten, Hilfe beim Aufbau von Katastern und Grundbuchämtern etc., die Formalisierung unterstützt wird. Das gleiche sollte natürlich parallel auch im ländlichen Raum geschehen, wo die Problematik darin besteht, dass viele Landbesitztitel eigentlich nur traditionell weiterge reicht und tradiert werden, aber nichts schriftlich festgehalten wird. Hier für Sicherheit zu sorgen, ist sicherlich ein Punkt, den die deutsche EZ nutzen und verstärkt fördern sollte.

Der **Vorsitzende** Und nun erteile ich Frau Prof Dr. Ley das Wort für ihre fünfminütige Antwort.

Prof. Dr. Astrid Ley (Lehrstuhl Internationaler Städtebau, Universität Stuttgart) Dankeschön. Ich möchte vorwegstellen, dass das Wachstum nicht nur in den Städten stattfindet, sondern auch im ländlichen Raum. Es gibt zwar eine Verschiebung, aber das Wachstum findet sowohl-als auch statt. Der Stadtzug hat damit zu tun, aber ich möchte noch einmal herausstellen, dass wir auch eine Verantwortung tragen, weil einer der maßgeblichen Treiber die Umwelt- und Klimaveränderungen sind. Dies erschwert das Überleben im ländlichen Raum. Für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe wäre wichtig, dass Deutschland deutlich macht, dass es in Klimaschutz investiert und damit die besten Möglichkeiten bestehen, dass Entwicklung in Afrika überhaupt möglich ist. Dann wurde nach der bisherigen Entwicklung gefragt. Man muss sich vor Augen halten, dass eine große Gefahr darin besteht, dass die Stadtgesellschaft in afrikanischen Städten sehr ungleich ist. Stadtentwicklungsprojekte haben das Potential, ich sage einmal, katalytisch zu wirken, indem sie partizipativer sind. Es werden dadurch



mehr Investitionen getätigt, die eher einer sozialgerechten Stadt dienen, und damit wird die Verhandlungsmacht einer Stadtgesellschaft gestärkt. Es können aber auch Trennungen erreicht werden, in einem Kontext, der ansonsten ausschließlich durch Korruption geprägt ist. Dann der Punkt Finanzierungsinstrumente. Da sehe ich Potential dadurch, dass es die Möglichkeit vonseiten der AfDB gibt in dem Sinne zu agieren, dass die Kommunen gestärkt und eine Machbarkeit und Risikoabdeckung bei der Kreditvergabe erreicht werden. Vielleicht kann man in zielgenauen Gesprächen gerade mit diesem Instrument Klein- und Mittelstädte erreichen. Neben dieser Zusammenarbeit könnte ich mir vorstellen, dass es in der bilateralen Zusammenarbeit stärker möglich ist, dort hineinzugehen, wo die konventionellen Finanziere nicht hingehen. Abg. Roth hat das Thema „urbane Gesundheit“ angemerkt, was ganz wichtig ist, denn gute Lebensverhältnisse im städtischen Raum spielen eine Riesenrolle für die Lebensqualität. Die Menschen sind im Sinne der Mobilität hauptsächlich zu Fuß unterwegs, und dafür muss eine Funktionsfähigkeit des öffentlichen Raumes vorhanden sein, aber auch der öffentliche Nahverkehr spielt einen großen Beitrag. Die Form der gemeinwohlorientierten Flächennutzung ist ebenfalls ein wichtiges Instrument. Es gibt in dem Bereich bereits Versuche, wie Community Land Trusts, wo Land als Gemeinschaftsbesitz angesehen wird. Man will hier von individueller Förderung und individueller Übertragung von Bodenrechten weggehen, weil sie zu Vertreibungen führen können. Man will stattdessen hin zu kollektiven Formen. Zuletzt möchte ich auf die Bedeutung verschiedener Akteure eingehen. Ich habe es zu Anfang schon erwähnt: Hier geht es nicht nur um die Kommunen, sondern um viele verschiedene Akteure, die in den Städten maßgeblich dafür sorgen, dass Stadtentwicklung nachhaltig gestaltet werden kann. Vielleicht ist an dieser Stelle der Begriff „Soziale Stadt“ richtig. Es geht es natürlich auch darum, zu schauen, wie man

verschiedene Akteure in ihrer Stimme stärken kann.

Der **Vorsitzende** Wir schließen den ersten Themenblock A unserer Anhörung mit Herrn Dirr und seinen Antworten.

Martin Dirr (Leiter C40 CFF, GIZ) Vielen Dank. Ganz kurz einleitend, ich habe viel gehört, dass die Städte in Afrika unorganisiert, chaotisch und unstrukturiert sind. Sie, Herr Vorsitzender Ramsauer, haben kurz gemurmelt: „Aber sie funktionieren doch.“ Ich habe fünf Jahre in Äthiopien gelebt und dort den Minister für Stadtentwicklung beraten. Es herrscht ein extrem hoher Grad an Organisation, an Strukturen, an sozialen Netzwerken, an Werten und Normen, die das Zusammenleben in den Städten Afrikas organisieren. Genau deswegen brauchen wir Partnerschaften, Abg. Matschie, und deswegen reicht es nicht, unsere Modellvorstellung punktuell durchzusetzen. Wir müssen vielmehr den Urbanisierungsprozess als Prozess begleiten, und das muss mit einer langfristigen Perspektive und mit einer Partnerschaftsperspektive geschehen, damit wir diese Strukturen und diese Prozesse verstehen. Zu den Finanzinstitutionen: Es kann nicht sein, dass wir die Entwicklung unseres Lebensumfeldes und wie wir wohnen, leben und arbeiten und miteinander umgehen, Kriterien der höchsten Rendite überlassen. Das ist nicht möglich. Dieses Modell dürfen wir nicht übertragen. Finanzinstitutionen müssen in der Lage sein, ihre Investitionen an Nachhaltigkeitskriterien, an den Kriterien des lebenswerten Raumes, des lebenswerten Umfeldes und des Klimaschutzes auszurichten. Das bedeutet auf städtischer Ebene, dass wir uns viel mehr an den Bedarfen der Städte ausrichten müssen, weil die gewählten lokalen Parlamente und die Bürgermeister, die wissen, was notwendig ist. Die wissen wesentlich mehr als die nationalen Finanzministerien und die nationalen Entwicklungsbanken, über die momentan die Gelder fließen. Das heißt, wir brauchen Fi-



nanzinstrumente, die direkt den Innenstädten zur Verfügung stehen, und gleichzeitig brauchen wir eine stärkere Stimme der Kommunen und der kommunalen Verbände, zum Beispiel über große internationale Stadtverbände; deren Stimmen sollten gestärkt werden. Informelle Siedlungen: Die Hauptherausforderung bei der Aufwertung von Lebensbedingungen ist in Deutschland die gleiche wie in Afrika. Wenn ein hoher Druck auf dem Wohnungsmarkt besteht, sodass die Mittelschicht keinen angemessenen Wohnraum hat, dann hilft es nicht, die Wohnbedingungen der armen Bevölkerung zu stärken, denn dann geht die Mittelschicht dort hin und verdrängt die arme Bevölkerung. Wenn wir einen Slum abreißen und gute Wohnungen hinbauen, dann wird dort in der Regel nicht die arme Bevölkerung einziehen, sondern die arme Bevölkerung geht woanders hin und gründet wieder eine andere Siedlung, und es zieht die Mittelschicht ein. Hier brauchen wir ebenfalls einen integrierten Ansatz. Bei der Aufwertung informeller Siedlungen geht es erst einmal darum, am Standort selber, also in situ, aufzuwerten, weil da schon Strukturen und soziale Netzwerke vorhanden sind, es gibt bereits Einkommensmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung. Die Aufwertung muss sensibel gestaltet werden, damit keine Gentrifizierung und Vertreibung stattfinden. Es geht um soziale Sicherheit, aber auch darum, die Stimme der Bewohner, der Graswurzelorganisation und der Vertretungen der dort ansässigen Bevölkerung zu stärken.

Der **Vorsitzende** Vielen Dank an unsere vier SV, auch dafür, dass Sie zeitlich wunderbar im Rahmen geblieben sind. Wir sind damit am Ende des ersten Themenblockes.

Ich rufe jetzt den **Themenblock B** auf mit dem Titel „**Perspektivwechsel: Herausforderungen und Erwartungen von afrikanischer Seite**“. Ich nehme an, dass unsere Dolmetscherinnen das bereits auch jetzt dolmetschen. Ich sehe durch Kopfnicken der beiden Damen, dass dies der

Fall ist. Bevor wir beginnen, überprüfe ich jetzt erst einmal bei den SV, ob sie zugeschaltet sind und uns hören und sehen können und ob für die Zugeschalteten die Verdolmetschung ebenfalls funktioniert.

Dazu werde ich die SV nun einzeln in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. **Frau Yvonne Aki-Sawyerr aus Freetown in Sierra Leone, Frau Prof. Dr. Marie Huchzermeyer aus Johannesburg in Südafrika, Herr Francois Menguelé aus Kairo in Ägypten und schließlich Prof. Edgar Pieterse aus Kapstadt, ebenfalls in Südafrika.** Sie können uns hören und sehen, und wir sehen und hören Sie auch. Dann haben wir das geklärt. Wir haben für die erste Fragerunde wieder jeweils drei Minuten und für die Beantwortung wieder acht Minuten pro SV. Zu der zweiten Fragerunde kommen wir später, denn da reduziert sich der Redeanteile erneut, aber das erkläre ich noch. Uns liegen die schriftlichen Stellungnahmen vor, weshalb wir auf eine einführende Runde verzichten und gleich mit der Fragestunde starten.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU) Guten Morgen aus Deutschland. Es ist schön, dass wir uns hier miteinander zu dem Thema austauschen können. Ich bin selber Stadtplaner und freue mich immer wieder, wenn ich in der Welt unterwegs bin zu dem Thema „Urbanisierung“, dass die Sprache der Stadtplaner global die gleiche ist, denn man ist in der Lage, Stadtentwicklungspläne zu lesen, egal, ob sie in Moskau, in Rio de Janeiro oder in Johannesburg entwickelt worden sind. Direkt an dieser Stelle meine Frage, die durch meine Erfahrungen der UN-HABITAT-Konferenz entstanden ist. Es erscheint mir so, dass die Stadtentwicklung- und die Stadtplanungswissenschaftsforschung sehr europäisch und Industriestaaten geprägt ist. Ich habe bei den Vorbereitungsgesprächen zur UN-HABITAT-Konferenz erlebt, dass sehr viele europäische Beiträge diskutiert worden sind, die nicht immer unbedingt visionär zu nennen gewesen



sind, aber afrikanische Ideen und Vorschläge sind eher seltener präsentiert worden. Fühlen Sie sich als Vertreter afrikanischer Stadtentwicklungsprozesse entsprechend wahrgenommen mit den Ideen und Ansätzen, die in afrikanischen Städten entwickelt werden? Kann man eine afrikanische Stadtentwicklungspolitik überhaupt definieren? Ist Ihr Beitrag global ernst- und wahrgenommen worden, oder muss auf Seiten der EU und auch der VN stärker daran gearbeitet werden, sodass afrikanische Ideen und Visionen eine stärkere Rolle spielen können? Beim zweiten Teil meiner Frage würde ich gerne das wiederholen, was ich im Themenblock A schon gefragt habe. Der staatliche Rahmen bestimmt sicherlich Ihre Möglichkeiten, als sehr große Kommunen überhaupt eine eigenständige Entwicklungspolitik machen zu können, insbesondere dann, wenn Ihre Stadt gleichzeitig die nationale Hauptstadt und somit auch Sitz des Parlaments und der Regierung ist. Ist dieser Rahmen, der Ihnen zur Verfügung steht, im Budget, aber auch beim Zugriff auf Grund und Boden ausreichend gegeben. Sollte bei einem Prozess in der globalen Entwicklung die Rolle der VN stärker in Anspruch genommen werden? Und der letzte Aspekt ist natürlich die Frage um die Klimaverantwortung, die wir alle haben. Statistisch tragen die Städte einen erheblichen Teil zum Klimawandel bei. Richtig ist aber auch, dass dort fast immer der Großteil der Bevölkerung angesiedelt ist. Von daher teile ich die Einschätzung nicht unbedingt, dass die Städte die Treiber von Klimaver schlechterungen sind. Sie sollten vielmehr Motor einer Verbesserung im klimapolitischen Bereich, auch in den Nationalstaaten, sein, weil in den Städten Forschung und Entwicklung stattfindet, und auch gesellschaftliche Prozesse, die Klimaveränderung und Klimabewusstsein unterstützen, sind viel stärker ausgeprägt.

Abg. **Christoph Matschie** (SPD) Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich freue mich, dass wir in dieser zweiten Runde die Stimmen afrikani-

scher Partnerinnen und Partner zur Stadtentwicklung hören und technisch auch hören können. Ich möchte gerne mit einer Frage an die Bürgermeisterin von Freetown, Frau Aki-Sawyerr, beginnen. Ich hatte schon die Gelegenheit, in Freetown zu sein und war damals beeindruckt von den Ideen und Überlegungen, die Stadt umzugestalten, zu modernisieren, sozialer und bürgernäher zu machen. Können Sie uns sagen, was Ihre wichtigsten Ziele sind für die Stadtentwicklungen in Freetown sind? Auf welche Probleme Sie dabei gestoßen, und in welcher Art und Weise können wir Sie als Partner bei Ihrer Stadtentwicklung unterstützen? Welche Unterstützung wünschen Sie sich da?

Meine zweite Frage geht an Herrn Prof. Pieterse. Herr Pieterse, Sie haben in Ihrer Stellungnahme beschrieben, dass die Vorteile der Stadtentwicklung, nämlich größere ökonomische Produktivität, leichtere Bereitstellung von Basisdienstleistungen und Zugang zur Bildung oder Gesundheitsversorgung, in vielen afrikanischen Städten nicht erreicht werden oder für einen Großteil der Bevölkerung nicht erreicht werden. Können Sie uns noch einmal sagen, warum die Entwicklung aus Ihrer Sicht so ist, was getan werden kann, um diese Ziele besser zu erreichen. Was können internationale Partner tun, um die Entwicklung afrikanischer Städte dahingehend zu unterstützen, dass die Ziele, die mit der Stadtentwicklung verbunden sind, wie Sie sie beschrieben haben, erreicht werden können? Welche Art der Unterstützung wäre sinnvoll im Bereich der Projektentwicklung? Sie haben auch beschrieben, dass Stadtentwicklung aus dem konkreten Kontext heraus passieren muss. Das ist natürlich für partnerschaftliche Zusammenarbeit eine große Herausforderung, weil man sich auf jeden Kontext individuell einlassen muss. Wie könnte eine solche Zusammenarbeit gestaltet werden?

Abg. **Markus Frohnmaier** (AfD) Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich hätte auch eine Frage an Prof. Pieterse. In Ihrer Stellungnahme sprechen



Sie davon, dass eine ungenutzte Chance die grüne Industrialisierung sei. Da wollte ich Sie bitten, dass Sie dazu noch einmal weiter ausführen, was Sie genau darunter verstehen. Man könnte zugespitzt sagen, dass wir unsere grüne Industrialisierung in Deutschland heute dadurch bemerkt haben, dass Frau Prof. Ley nicht zu hören war, aber Sie wahrscheinlich gleich gut zu hören sein werden. Dann hätte ich eine Frage an Frau Prof. Huchzermeyer. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass Slums Teil einer diversen Gesellschaft seien. Auch dazu würde ich Sie bitten, vielleicht noch einmal weiter auszuführen, denn das ist erst einmal eine bemerkenswerte These, und Herr Dr. Rothfuß hatte vorhin ausgeführt, dass Slum Urbanism doch auch kritisch zu begleiten ist. Dann wollte ich Herrn Menguelé fragen. In Ihrer Stellungnahme führen Sie aus, dass das Engagement Chinas in den letzten 20 Jahren stark zugenommen hat. Sie schlagen auch bilaterale Partnerschaften vor. Hierzu würde ich von Ihnen gerne wissen, wie dieses Engagement von deutscher Seite aus zu bewerkstelligen ist. Sie haben auch darauf abgestellt, dass Rücküberweisungen in die Heimat, innerafrikanisch von der Stadt in den ländlichen Raum, sehr wichtig sind. Vielleicht können Sie auch dazu noch einmal ausführen. Herr Prof. Pieterse, Sie schließen die Idee der Charter Cities aus und sagen, das sei völlig ungeeignet. Vielleicht könnten Sie bitte ausführen, warum das so ist. Wäre das nicht eine Möglichkeit, die natürlich auf Freiwilligkeit basiert, damit eine Struktur zu schaffen, die nach einer gewissen Zeit auch übergeben werden kann? Es geht ja nicht darum, dass man sich hier irgendwie Verwaltungszonen o.ä. aufbauen möchte.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP) Vielen Dank Herr Vorsitzender für das Wort. Ich freue mich sehr, mit unseren Partnern aus Afrika in einen Austausch zu kommen, und mich freut, insbesondere eine Bürgermeisterin zu sehen, die an der Basis arbeitet und die Probleme di-

rekt vor der Haustür erlebt. Deshalb geht meine Frage an die Bürgermeisterin der Stadt Freetown. Wenn Sie drei Wünsche an die internationale Community offen hätten: Was würden Sie sich von dieser wünschen, wie sie die Urbanisierung in Afrika unterstützen könnten, sodass lebenswerte Städte für alle Schichten entstehen könnten? Zweite Frage an Sie, Frau Aki-Sawyerr. Sind Sie im Austausch mit Mitarbeitern von europäischen Kommunen, sodass z. B. eine europäische Kommune einen Spezialisten für Klärwerke nach Freetown schickt. Gibt es sowas? Was halten Sie davon? Hilft so etwas, oder würde das nicht helfen, oder ist es überhaupt finanzierbar? Dann hätte ich weitere Fragen an Herrn Menguelé. Sie schreiben, dass es administrative und personelle Schwächen gebe bei kleinen und Mittelstädten. Wir haben zuvor gehört, dass die Mittelstädte offensichtlich stark unter Druck stehen und eine starke Dynamik bei ihrem Wachstum entwickeln. Wenn Sie das noch ein wenig ausführen könnten? Könnte auch ein Partnerschaftsprogramm mit Kommunen eine denkbare Lösung sein, um konkret zu helfen? Deutschland wird dabei nicht federführend sein können, denn wir haben selbst einen Mangel an Planungskräften im Augenblick in den Kommunen. Aber es gibt natürlich genügend Experten in Europa, die das machen könnten, vielleicht auch Expatriaten, also Expats, die das machen können. Herr Prof. Pieterse, Sie schreiben auch über die Rolle Chinas in Afrika. Die chinesischen Investitionen werden oft schon unter der Maßgabe getätigt, dass die Schulden bzw. Investitionen nie zurückbezahlt werden können von den afrikanischen Staaten. Würden Sie auch sagen, dass diese Investitionen eigentlich in allererster Linie der Arbeitsauslastung der eigenen chinesischen Firmen dienen sollen? China selbst hat nämlich nicht mehr das Wachstum der vergangenen Jahre. Sehen Sie diesen Aspekt ähnlich?

Abg. **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.) Danke schön. Meine erste Frage geht an Frau Prof.



Huchzermeyer. Wenn ich richtig verstehe, gehört für Sie das Recht auf Entwicklung und ein zum europäischen Konzept alternativer Entwicklungsbegriff zur Gestaltung des urbanen Raumes. Können Sie das bitte konkreter ausführen? Daran schließt sich meine Frage an, welche Prozesse der EZ in diesem Kontext unterstützt werden sollten und welche aus Ihrer Sicht eher in eine Sackgasse führen? Zum urbanen Raum: Können Sie mehr über die Voraussetzungen sagen, die erfüllt sein müssen, damit sich die betroffene lokale Bevölkerung und lokale Gruppen aktiv in den Prozess der Gestaltung des urbanen Raumes einbringen können? Die zentrale Herausforderung ist für Sie die wachsende Ungleichheit in Städten und im aktuellen Urbanisierungsprozess. Das Übersehen von Frauenrechten ist eins von vielen Problemen, und Sie betonen auch die Last des heute noch nachwirkenden kolonialen Erbes. Können Sie das genauer ausführen, und welche Verbindungslinien sehen Sie hier? Wie müsste Dekolonisierung im urbanen Raum aussehen? Interessant finde ich Ihre Perspektive auf das Innovative und Kreative, das sich in Urbanisierungsprozessen in afrikanischen Städten beobachten lässt und dass aus westlicher Perspektive häufig als chaotisch abgetan wird. Dabei geht es auch um einen anderen Ressourceneinsatz und Verbrauch. Könnten Sie dazu Weiteres – auch aus einer entwicklungs-, umwelt- und klimapolitischen Perspektive – ausführen? Was könnte beispielsweise eine Stadt wie Berlin daraus lernen? Ganz zum Schluss der ersten Fragerunde würde ich gerne fragen, ob Sie die Papiere der anderen SV gelesen haben? Ich finde es unerträglich, Block A und Block B getrennt zu sehen, und deshalb interessiert mich Ihre Perspektive auf die Papiere der anderen SV. Würden Sie uns dazu bitte etwas sagen.

Abg. **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich freue mich sehr, Sie zumindest mit Distanz zu sehen, aber auf dem Bildschirm sind Sie vereint. Es

gibt seit langem Vorschläge von NGOs und Universitäten, die es für sinnvoll halten, Urbanisierungspartnerschaften mit bestimmten Städten zu schließen. Halten Sie das für sinnvoll, und was würde das für unsere klassische EZ bedeuten? Müssten wir dann Abschied nehmen vom „Wir konzipieren - Wir bezahlen - Wir koordinieren – Ihr setzt um“? Was wären Ihre Anforderungen auf unsere Form von EZ, wie sehen die Akteure/Akteurinnen in solchen Partnerschaften aus, und was können wir, ich habe diese Frage vorhin schon einmal gestellt, im industrialisierten Norden vom globalen dynamischen Süden lernen? Meine zweite Frage geht an die Bürgermeisterin von Freetown, liebe Frau Aki-Sawyerr. Frauen, und das sieht man auch an Ihnen ganz persönlich, haben in Sierra Leone immer eine ganz besondere Rolle gespielt, übrigens auch und vor allem im Aussöhnungsprozess nach dem Krieg. Welche Rolle spielen Frauen tatsächlich in Freetown, gibt es Formen von feministischer Stadtgestaltung oder von Urbanisierung mit feministischen Aspekten? Es gibt auch bei uns Kollegen, die verstehen das noch nicht. Vielleicht können Sie es Ihnen erklären?! Mit welchen besonderen Herausforderungen haben Sie es bei der Urban Governance in einer Metropole wie Freetown zu tun? Meine zweite Frage an Prof. Huchzermeyer. Ich teile Ihre Kritik an der Simplifizierung des afrikanischen Kontinents und an dem übergroßen ökologischen Fußabdruck des Nordens. Welche Erwartungen ziehen Sie aus Ihrer Kritik an uns? Welche Erwartungen und Anforderungen haben Sie an die internationalen Geber und Banken, die sich im Bereich Urbanisierung engagieren, und wie sind aus Ihrer Sicht partnerschaftliche Ansätze zu organisieren. Gibt es Ansätze, die Sie beschreiben könnten, zur Förderung von geschlechtergerechten und integrativen inklusiven Städten? Da können wir, glaube ich, alle noch einiges lernen. Meine letzte Frage geht an Herrn Menguelé. Können Sie uns aus Ihrer Praxis lessons learned nennen für eine nachhaltige Urbanisierung, und kann



man die unterschiedlichen Ansätze überhaupt übertragen, denn da ist Ägypten und der Norden Afrikas auf der einen Seite und Südafrika und Subsahara-Afrika auf der anderen Seite. Ist im Übrigen irgendetwas Positives übrig geblieben in der Großstadt Kairo vom arabischen Frühling?

Der **Vorsitzende** Liebe Kollegin Roth, das letzte geht dann doch sehr weit. Wir sind am Ende dieser ersten Fragerunde und beginnen mit der Beantwortung. Deshalb erteile ich jetzt der Bürgermeisterin von Freetown, Frau Yvonne Aki-Sawyerr, das Wort.

Yvonne Aki-Sawyerr (Bürgermeisterin der Hauptstadt Freetown, Sierra Leone) Ich danke Ihnen allen. Ich beantworte die Fragen in der Reihenfolge, in der sie gestellt wurden. Also, die Frage, ob die Städteplanung von Europa und dem Westen geprägt ist, ob wir ausreichenden afrikanischen Input dazu haben und ob ein von den VN entwickelter Rahmen vorhanden sein sollte, gefolgt von den wichtigsten Zielen, Fragen über die NGO-Angebote und Feminismus. Ich glaube, dass das die Kategorien im weiteren Sinne sind. Kann ich sagen, dass wir in Bezug auf den Input des Westens bei der Städteplanung ausreichend gehört werden? Ich möchte mich auf die Perspektive der Lokalregierung konzentrieren. Die Frage der Städteplanung beginnt für mich als afrikanische Bürgerin tatsächlich mit der grundlegenden Prämisse, wer sie ausführen wird. Das ist in anderen Städten unterschiedlich, aber im Kontext von Sierra Leone, im Kontext von Freetown, haben wir die „Anordnung der Lokalregierung“ von 2004. Die vorherige Sprecherin bezog sich auf die Rolle der Frauen nach der Versöhnung, nach dem Krieg, und dieses Dokument wurde tatsächlich als Teil dessen erstellt, was nach den Befunden des Krieges festgestellt wurde. Das Fehlen konsistenter Dienstleistungen, die fehlende Dezentralisierung und damit die fehlenden Ressourcen, die an Orte außerhalb der Hauptstadt ge-

hen, waren Treiber für den Krieg, und ja, Frauen spielten dabei eine große Rolle. Daraus entstand eine „Anordnung der Lokalregierung“, die im Prinzip feststellt, dass wir sicherstellen müssen, dass es eine Dezentralisierung gibt. Mit dieser Dezentralisierung muss die Rückgabe der Verantwortlichkeiten, einschließlich der Städteplanung, einhergehen. Wir schreiben jetzt das Jahr 2020, beinahe 2021, und die Städteplanung ist immer noch nicht übertragen. Erlauben Sie mir, ganz kurz in die Geschichte abzuschweifen. Freetown als Stadt, als Gemeinde, wurde 1893 gegründet, Sierra Leone als Republik wurde 1961 gegründet. Als Stadt existiert Freetown schon seit sehr langer Zeit und wurde vor den 1960er Jahren geplant. Nach dem Krieg befinden wir uns jetzt in der Lage, in der das Gesetz sagt, dass wir planen, aber die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache. Das ist an sich eine der wichtigsten Determinanten und der Haupttreiber, warum wir diesen Grad der Informalität haben, und offen gesagt, eine sehr chaotische Stadtentwicklung. Ich möchte deshalb damit beginnen, dass die rechtliche Lage der Städte absolut wesentlich ist. Städteplanung ist per Definition ein Planungsprozess, und wenn dieser Prozess instabil ist, kann es keine klare Regelung der Verantwortlichkeiten in diesem Prozess geben. Dann passiert nichts, und wenn man nicht plant, und hier komme ich zu meinen wichtigen Zielen, nämlich die Sicherstellung, dass wir als Stadt in der Lage sind, mit Sensibilität für die Umwelt und unter der Berücksichtigung des Klimawandels zu planen. Konkret heißt das, dass es entsprechende Stadtgebiete gibt, und wir haben aktuell ein geschütztes Gebiet, weil wir Wald in der Stadt haben. Aber die meisten dieser geschützten Gebiete sind gefährdet. Warum sind sie gefährdet? Weil die Flächennutzungsplanung immer noch bei der Zentralregierung liegt, die Ausstellung von Baugenehmigungen immer noch bei der Zentralregierung, dem Ministerium für Land, liegt, und dort agieren andere Treiber als in unserer Lokalregierung. Wir haben also ständig Si-



tuationen, in denen die Genehmigungen erteilt werden, Land in geschützten Gebieten zugewiesen wird. Das geschieht nicht nur in den geschützten Gebieten, sondern auch in ökologisch sensiblen Gebieten, wie Wasserwege in der Nähe der Küste und von Flüssen. Darauf kommt es an, wenn man über den Zyklus spricht, den der Klimawandel verursacht hat. Unser Bevölkerungswachstum wird von der Land-Stadt-Migration angeheizt, da die Menschen vor dem Klimawandel fliehen. Und wovor fliehen sie? Sie fliehen vor Ernteausfällen und fehlenden wirtschaftlichen Chancen. Sie kommen wegen fehlender Entwicklungsmöglichkeiten und der Unfähigkeit der Nationalregierung, die Planungsverfahren oder Planungsbeschränkungen zu überwachen und durchzusetzen. Es passiert nichts, Baukontrollen finden nicht statt. Sie haben also Personen, die durch eine direkte Befugnis Genehmigungen erhalten, aber dann sind da auch die jüngsten Auditserviceberichte, nach denen 80 Prozent der jetzt in der Stadt errichteten Gebäude keine Genehmigung haben. Die Regierung ist auf nationaler Ebene dazu nicht in der Lage, und das ist verständlich. Im Westen, in der gesamten industrialisierten Welt, findet die Städteplanung nicht auf nationaler Ebene statt. Es gibt nationale Richtlinien, aber die Planung muss auf lokaler Ebene durchgeführt werden. Dort wird sie durchgesetzt und, wie ich erwähnte, ökologisch sensibel umgesetzt. Sie kann inklusiv sein. Bei den 74 informellen Siedlungen handelt es sich um sehr marginalisierte Gemeinschaften ohne Zugang zu Schulen, ohne Zugang zu Einrichtungen des Gesundheitswesens, denn die sind nicht geplant worden. Die Kosten für die Stadt zur Bereitstellung der elementarsten Leistungen, wie Kanalisation, sind phänomenal. Ich hatte gestern ein Gespräch mit einem unserer Teams darüber, wie Kanalisation in fünf Gemeinden gebracht werden kann, die man über die Straße nicht erreichen kann; entstanden sind sie dennoch. Wir alle kennen die Folgen schlechter sanitärer Bedingungen, die Auswirkungen auf die

Gesundheit und auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind verheerend. Die Auswirkungen auf Einkommensmöglichkeiten, wie aus dem Tourismus, die verloren sind, wenn Ihre Stadt zu einer Kombination aus Informalität und Formalität, die miteinander vermischt werden, wird, sind gravierend. Die ineffiziente Erbringung von Dienstleistungen entsteht aus fehlenden Planungsmöglichkeiten, und das bedeutet höhere Kosten für die Lokalregierung, aber bringt auch negative Auswirkungen auf die Lebenschancen und Folgen für die Potenziale der Anwohner selbst mit sich. Zur Frage zu den NGOs und ob wir diese Form der Partnerschaft von Städten, die angesprochen wurde, miteinander haben sollten: Auch wenn man Partnerschaften hat, und ich komme noch zu einigen absolut exzellenten Partnerschaften, die wir als Stadt mit anderen Städten in aller Welt haben, muss man mit der Gesetzgebung beginnen, um mit der Arbeit als Stadt beginnen zu können. Aber, wie ich gesagt habe, es gibt eine Gesetzgebung, die ist nicht implementiert, die wird nicht angewendet, die wird nicht umgesetzt. Da brauchen wir Überzeugte, um ein anderes Narrativ voranzutreiben. Und Überzeugung ist ein Punkt, bei dem die internationale Gemeinschaft, die Geberorganisationen eine Rolle spielen können. Es muss ein Verständnis dafür entwickelt werden, wie fundamental wichtig es ist, eine Städteplanung zu haben, nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität. Es geht nicht um riesige Raumplanungen, die 30 Jahre zu ihrer Entwicklung brauchen und dann nie umgesetzt werden, sondern um praktische lokale Planbereiche, die Verbesserungen der informellen Siedlungen beinhalten. Was meine ich damit? Ich meine die Einbeziehung der Beteiligung der Gemeinschaft, die Einbeziehung von Straßen- und Wohnraumverbesserungen, die Sicherstellung von Beleuchtung und den Zugang zu Elektrizität. Es gibt jetzt viele Off-Grid-Lösungen für Wasser, Energie und so weiter, aber der Kern des Ganzen muss die Fähigkeit der Lokalregierungen sein, ihre Arbeit zu



machen. Planung ist dabei überall auf der Welt ein großer Teil dieser Arbeit. Wenn wir also keinen Raum haben, sowohl einen legislativen als auch einen steuerlichen Raum, dann wird weiterhin ein negatives Narrativ aufgebaut. Dann ist die Qualität des Personals, das Sie benötigen, um mit der Lokalregierung zu starten, verloren, wenn die Menschen annehmen, dass es nichts gibt, was sie tun können. Wir brauchen also Qualität in der Lokalregierung, und die Lokalregierung braucht Raum. Ich habe meine Zeit überschritten und breche deshalb an dieser Stelle ab. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende** Vielen Dank, verehrte Frau Bürgermeisterin Aki-Sayerr. Das zeigt mir, dass auch die SV ihr Zeitlimit kennen und die eingeblendete Zeit sehen. Nun erteile ich Frau Prof. Dr. Marie Huchzermeyer das Wort.

Prof. Dr. Marie Huchzermeyer (Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Witwatersrand Universität Johannesburg, Südafrika) Ich denke, Sie können mich hören. Vielen Dank, und vielen Dank für die Einladung, und die Möglichkeit, hier teilzunehmen. Ich bin berührt und fühle mich geehrt. Ich glaube nicht, dass ich wirklich für den afrikanischen Kontinent sprechen kann. Ich arbeite an einer Universität in Südafrika, und über meine wissenschaftliche Arbeit und mein Engagement habe ich hoffentlich ausreichende Erkenntnisse erworben. Ich fasse die Fragen, die ich beantworten werde, kurz zusammen. Eine Frage dreht sich um Städteplanung, ich glaube, das war eine generelle Frage an uns alle. Es gab Fragen zur richtigen Entwicklung und alternativen Entwicklung, und damit verbunden die Frage nach der Dekolonisierung. Eine Frage beinhaltete die Beteiligung und den dafür nötigen Rahmen. Es ging weiterhin um mögliche Erfahrungen für Sie und wie Deutschland tatsächlich mehr geeignete Partnerschaften gestalten kann. Ich glaube, das waren im Großen und Ganzen die Fragen. Also, zur Städteplanung, die natürlich ein Teil des

kolonialen Erbes auf dem afrikanischen Kontinent ist, und es ist sehr tief verankert. Sogar die Bürgermeisterin von Freetown sagte, dass die Änderung der Planungsgesetzgebung ein sehr langsamer Prozess ist. Was ich sagen will, ist, dass in den meisten Ländern Anstrengungen unternommen werden und dass es Bewegungen gibt, die Planungsreformen fordern, was dann auch in einigen Ländern passiert. In Südafrika war das ein sehr geschützter und langsamer Prozess, erst 2013 wurde der „Special Land Use Management Act“ verabschiedet, der die Planungsgesetzgebung aus der Apartheid-Ära außer Kraft setzte. Die Folge war, und ich denke, dass dies eine Forderung der Planungsreform auf dem afrikanischen Kontinent ist, dass Lokalregierungen ermächtigt wurden, besondere Planungsentscheidungen zu treffen. Nur die Lokalregierung hat das Recht, Planungs- und Raumplanungsentscheidungen zu treffen, und das bedeutet auch, Entscheidungen über Entwicklungsanwendungen und so weiter zu treffen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der mit vielem, was hier gesagt wurde, zusammenhängt. Wenn das von der Lokalregierung übernommen wird, stellt sich die Frage, welche Stakeholder die Lokalregierung in diese Entscheidungen einbindet und ob diese fair getroffen werden. Gibt es ein adäquates Beschwerdeverfahren und Beschwerdeentscheidungen? Ich möchte etwas anmerken, da ich aus einem akademischen Umfeld komme und Prof. Pieterse eventuell auch etwas dazu sagen wird. Es gibt einen Verband afrikanischer Planungsschulen, der ein sehr wichtiges Gremium auf dem Kontinent ist, der sich genau mit der Reform der Planungsausbildung befasst. Unsere Universitäten waren stark von Planungsrahmen der Vergangenheit und vom Westen geprägt, die noch in Betrieb sind. Der afrikanische Verband der Planungsschulen versucht, die Lehrpläne zu reformieren und tritt aber auch für die Städteplanung auf diesem Kontinent ein. Ich möchte ein Beispiel für die Art der Zusammenarbeit in die Runde werfen, das in diesem Bereich besonders



fruchtbar sein kann, nämlich eine Kooperation mit dem Verband der Planungsschulen. Er ist mit einem internationalen Gremium verbunden, verfügt jedoch kaum über Ressourcen und sucht immer nach Finanzierungsmöglichkeiten für seine Initiativen. Aber das nur am Rande. Ich möchte jetzt zum Recht auf Entwicklung und Alternativen für die Entwicklung kommen. Das Recht auf Entwicklung ist ein von den VN absolut ungenügend berücksichtigtes Instrument. Es gibt eine internationale Erklärung der VN dazu. Sie wird nur auf dem afrikanischen Kontinent über die afrikanische Kommission für die Rechte der Menschen umgesetzt und ist tatsächlich das Konzept, das aus dem Dekolonialisierungsprozess in den 1960ern, 1970ern und 1980ern hervorgegangen ist. Die Idee ist in der Tat, dass die Entwicklung nicht weltweit oder in den Entwicklungsländern den gleichen Weg nehmen sollte. Es besteht ein Widerstand gegen die evolutionäre Idee der Entwicklung, denn diese kann stattdessen viele verschiedene Ansätze, wie in den verschiedenen Bereichen definiert, wählen. Ich glaube, das ist wieder der Punkt der Vielfalt der Gesellschaften mit verschiedenen Ideen auf diesem Kontinent. Das Problem ist, dass diese Ideen nicht von der EZ gefördert werden. Im Allgemeinen handelt es sich dabei um dieses „Alles-oder-Nichts“-Konzept der konventionellen Infrastrukturentwicklung. Externe Berater machen Vorschläge, und die Realität ist dann so, dass viele indigene oder wirtschaftliche Interessen hinter dem Status Quo stehen, und es ist sehr schwer, das zu ändern. Ich denke, die Ideen für Alternativen befinden sich in der Zivilgesellschaft, in Graswurzelorganisationen, und sie können ziemlich nahtlos sein. Wir haben ja über informelle Siedlungen gesprochen, die sich in situ verbessert haben, und das ist eine richtige Methode für die Arbeit mit der Entwicklung der Menschen. In der Regierung gibt es massiven Widerstand gegen diese Arbeitsweise, weil sie so radikal anders ist. Sie ist ein radikal anderer Weg der Entwicklung, der nicht konventionell sein kann,

der kein Universalverfahren ist und keine enormen Profite einfahren kann. Es muss ein langsamer Prozess und inkrementeller Prozess sein, der auch Ideen von unten einbezieht. Das spricht für mich für die Dekolonialisierung der Entwicklungs- und Planungsansätze im Allgemeinen, die diesem Kontinent im Wesentlichen aufgezwungen wurden. Es gab Fragen zu Beteiligung und zum dafür benötigten Rahmen. Vieles davon hat zunächst mit den Grundbedingungen zu tun, dass die Städteplanung dezentralisiert wird und die Lokalregierungen gestärkt sind, denn nur dann können sie die Einbindung der Bürger in die Planungsprozesse stärken. Ich glaube, dass das sehr kritisch ist. Sobald das umgesetzt ist, kann der Raum für die Stärkung der Frauen in diesen partizipatorischen Räumen geöffnet werden. Darin liegt die ganze Argumentation, dass von allen Frauen erwartet wird, dass sie die Last der Beteiligung tragen, weil angenommen wird, dass sie freie Zeit haben, weil sie zuhause sind und deshalb stark in ihre Gemeinschaften eingebunden sind und sich Gedanken machen. Gleichzeitig leisten sie Familienarbeit und sind häufig auch die Einkommensbezieher in diesen Haushalten. Diese partizipatorischen Prozesse können deshalb auch eine Belastung für die Frauen sein. Aber nichts davon ist wirklich sinnvoll, wenn die Planungsrahmen nicht geändert werden, und die kritische Komponente dabei ist die Art, wie Landrechte verwaltet werden. Wenn wir über die Planungsreform sprechen, müssen wir auch über die Reform der Landverwaltung und der Landrechte sprechen. Ich denke, dass ich in meinem Vortrag auf das GLTN von UN-HABITAT eingegangen bin, das sehr nützliche Instrumente hervorbringt, die Länder auf diesem Kontinent als ihre Reform, ihre Planungsgesetzgebung und ihre Landgesetzgebung betrachten können, und das sind in der Tat sehr kritische Punkte. Das geht zurück auf den Punkt, dass dieser Kontinent unglaublich divers ist, auch in Bezug auf die vorhandenen Landverwaltungssysteme, die in der Realität praktiziert werden,



unabhängig davon, ob sie gesetzlich anerkannt sind oder nicht. Es gibt sehr viele verschiedene kulturelle Konzepte für Land, und verschiedene Gesellschaften haben verschiedene Konzepte, sogar innerhalb eines einzelnen Landes. Einige sind matriarchal, andere patriarchal, wieder andere sind hierarchisch, andere sind es nicht, es gibt also eine große Vielfalt. Und ich möchte zu einem letzten wichtigen Punkt kommen, oder habe ich meine Zeit überschritten? Ich habe meine Zeit überschritten, dann beende ich meine Ausführungen. Danke sehr, und entschuldigen Sie.

Der **Vorsitzende** Vielen Dank. Ich bekomme gerade einen Regiehinweis, dass die Übertragung im Parlamentsfernsehen sehr gut und mit sehr vielen Zuschauern verläuft. Deshalb mögen wir den Menschen an den Bildschirmen hin und wieder ein Lächeln schenken. Ich gebe das hiermit weiter. Nun bitte ich Herrn Francois Menguelé aus Kairo um seine Antwort.

Francois Menguelé (Koordinator UDC, GIZ-Büro Kairo, Ägypten) Vielen Dank, Herr Vorsitzender, verehrte Mitglieder des Parlaments, für diese Möglichkeit, mit Ihnen einige Erfahrungen aus 25 Jahren Arbeit auf dem afrikanischen Kontinent zu teilen. Ich möchte dazu die letzte Frage aufgreifen, in der nach den bisher gemachten Erfahrungen in Bezug auf nachhaltige Organisationen oder nachhaltigem Städtebau gefragt wurde. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass der Fokus auf den Menschen essentiell ist. Partizipatorische Prozesse, die es den verschiedenen Interessengruppen, die wir im urbanen Umfeld haben, ermöglichen, mit einer Vision für die Lösung der Probleme zusammenzukommen. Das ist wesentlich und sehr wichtig. Ich habe meine Karriere in Westafrika begonnen. Von dort ging ich nach Südafrika, arbeitete in Townships in der partizipatorischen Bereichsentwicklung und dem Stadtmanagement. Der Punkt, den ich hier ansprechen muss, ist, dass es ein auf den Menschen fokussierter

Prozess sein muss. Er darf nicht von Beamten oder den Behörden entwickelt werden und dann nur noch von den Gemeinden abgesegnet werden. Nein, die Gemeinschaften müssen von Anfang an daran teilhaben, und ich habe mich sehr gefreut, als ich etwa vor einem Jahr in Kairo eintraf und feststellte, dass es mir in diesem umkämpften Raum, wie die VPn sagte, nach der Revolution, als deutschem Kooperationspartner gestattet war, nicht nur die gebietsbasierte Planung und Entwicklung in den informellen Siedlungen durchzuführen, sondern auch mit der Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft in einen Dialog treten zu können. Die Gemeinschaft brannte darauf, in Entwicklungsprozesse eingebunden zu werden. Das wurde zu unserem Verkaufspunkt, unserem Alleinstellungsmerkmal in Bezug darauf, was wir in Ägypten, in Kairo, tun. Die Nachfrage ist so hoch, weil die ersten Ergebnisse zeigen, dass die Aufnahme der Zivilgesellschaft, eine nachhaltige Stadtentwicklung zu liefern, einen großen Wert hat. Ich würde sagen, dass das allgemeine Konzept, vom dem ich in Bezug auf eine nachhaltige Organisation überzeugt bin, wenn ich die verschiedenen Themen beiseitelasse, ist, dass ich einen echten Dialog mit den verschiedenen Interessengruppen sicherstelle. Ich habe auch in meinem Vortrag erwähnt, dass wir über die Frage der nachhaltigen Stadtentwicklung sprechen, denn wir stehen vor einer großen Herausforderung, in einem noch nie dagewesenen Maßstab, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Dazu gehört auch eine nie dagewesene Geschwindigkeit, ich meine das Tempo der Bewegungen in der Stadtentwicklung; es sind nicht nur Planungskonzepte, sondern auch Managementansätze notwendig. Stadtmanagement ist etwas, das stark gefordert wird, insbesondere, wenn wir über den Umbau des Stadtbildes sprechen, wie informelle Siedlungen, und dazu müssen wir mit Menschen, mit der Bevölkerung vor Ort arbeiten. Es ist absolut wichtig, dass wir, wenn wir die Städteplanung betonen, auch das Stadtmanagement betonen.



Und deshalb habe ich meine Karriere in dem Stadtmanagementprogramm begonnen, das zu einem weltweiten Programm erhoben wurde, in das die WB, das UNDP, UN-HABITAT und die GIZ involviert waren. Es war eine sehr fruchtbare Erfahrung. Wir haben tatsächlich Mitte der 1980er Jahre begonnen und mit etwas abgeschlossen, das ich als ganz grundlegend für das erachte, was jetzt in allen anderen afrikanischen Ländern rund um die Kommunalentwicklung und Stadtentwicklung geschieht. Das Pilotprojekt, die Pionierarbeit oder das, was wir heute als lokale Entwicklungspläne bezeichnen, ist etwas, das tatsächlich aus diesem Stadtmanagementprogramm hervorgegangen ist. Es ist etwas, das sehr wichtig war und das heute weiterer Aufmerksamkeit bedarf, und was wir ein Expertenpanel nennen. Wir hatten eine ganze Serie von Expertenpanels aus verschiedenen afrikanischen Regionen zu Fragen des Landmanagements, des Umweltmanagements, der Armutsbekämpfung, der Kommunalregierungen und so weiter und so fort. Die trafen sich regelmäßig, um Erfahrungen auszutauschen und um sicherzustellen, dass sie Entscheidungsträger beraten. Das hat sich als sehr wichtig erwiesen, und ich komme jetzt zu meinen jüngsten Erfahrungen, die sich auf die Beratung von etwa 40, für die lokale Entwicklung und Dezentralisierung, zuständigen Ministern beziehen. Diese Beratungen habe ich über die GIZ erbracht, die ermöglicht hat, dass die strategische Unterstützung angepasst werden konnte. Wir hatten noch einmal Expertenpanels, die politischen Entscheidungsträger konnten an einem Tisch zusammenkommen und miteinander sprechen über Kernprobleme, die ihre Länder in Bezug auf die lokale Entwicklung betreffen. Es gab die Erörterung von Lösungen, mit Benchmarking-Konzepten und regelmäßigen Treffen. Das war ein Prozess, der in der Tat die Schaffung einer Plattform für gegenseitige Besuche der einzelnen Länder gestartet hat und in der Entwicklung einer afrikanischen Charta für die Dezentralisierung, lokale Entwicklung und öffentliche

Dienste kulminierte. Es ist also extrem wichtig, Folgendes umzusetzen: Expertenpanels, die sich aus afrikanischen Experten zusammensetzen, so dass es ein einheimischer Prozess ist, ein Prozess zur Sicherstellung, dass der Wunsch nach nachhaltigen Lösungen für eine bessere Entwicklung etwas ist, das mit afrikanischer Expertise umgesetzt wird. Es wurde gefragt, ob wir Städtepartnerschaften ernsthaft in Betracht ziehen sollten. Ich bin davon überzeugt, dass neue Herausforderungen verlangen, einige unserer bisherigen Konzepte noch einmal zu überdenken. Das Engagement auf nationaler Ebene allein ist nicht ausreichend, insbesondere, wenn Sie Städte als Akteure im Entwurf nachhaltiger Lösungen etablieren wollen. Es ist daher wichtig, eine zweite Ebene des Engagements aus den Städten oder was auch immer zu haben. In Afrika haben wir die vereinten Städte und Lokalregierungen von Afrika, eine Struktur, die keine Unterstützung genießt, und doch hat sie eine starke Aktionsplattform und Zugang zu den verschiedenen Regierungen, um sicherzustellen, dass sie die Politikgestaltung auf nationaler Ebene beeinflussen können. Ich setze mich daher sehr dafür ein, sicherzustellen, dass wir mit lokalen Regierungen in demselben Umfang über Zusammenarbeit sprechen wie auf nationaler Ebene. Was gerade auf der Ebene der Lokalregierungen geschieht, ist eine Art friedliches Engagement auf Initiative verschiedener Städte, das als Einfluss noch nicht ausreicht. Der Ansatzpunkt sollte eine weitere Engagement-Ebene auf der Ebene der Lokalregierungen mit den verschiedenen Verbänden der Lokalregierungen und Städte sein. Der andere aufgeworfene Punkt war, ob es ein Partnerschaftsprogramm mit kleineren Städten in Verbindung mit unseren Personalproblemen in den kleineren Städten geben sollte. Die Frage kam von Abg. Dr. Hoffmann. Ich gehe ernsthaft davon aus, wenn wir speziell über die urbane Umgebung sprechen wollen – meine Redezeit läuft ab –, dass Expertenpanels sehr stark unterstützt werden sollten, und Aktionsplattformen, die



der Gesellschaft die Beteiligung erlauben, ebenfalls sehr wichtig sind. Es gibt viele andere Antworten und weitere Elemente in meinem Papier, ich schließe deshalb jetzt hier ab. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Der **Vorsitzende** Vielen Dank und als letzten SV begrüße ich schließlich Herrn Prof. Edgar Pieterse aus Kapstadt. The floor is yours.

Prof. Edgar Pieterse (Gründungsdirektor ACC, Universität Kapstadt, Südafrika) Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für diese wunderbare Gelegenheit. Da ich acht Fragen und acht Minuten habe, gehe ich direkt in medias res, und auch auf die Gefahr hin, etwas unhöflich zu sein, werde ich sehr direkt sein und zum Punkt kommen. Hoffentlich trägt das zu einer guten Diskussion bei. Die Antwort auf die erste Frage, ob die afrikanische Planung ausreichend unterstützt wird, und ob sie eine Stimme auf der globalen Bühne hat, lautet nein, und der Grund ist wirklich einfach. Wie Prof. Huchzermeyer bereits aufgezeigt hat, werden die Institutionen, die zur Vertiefung der Planungstradition, des Verständnisses, der Wissenschaft und auch der Praxis bestehen, grundsätzlich nicht unterstützt. So gibt es beispielsweise 59 Planungsschulen aus 28 afrikanischen Ländern in der Vereinigung der afrikanischen Planungsschulen. Wir können nicht einmal die Gelder für ein Treffen beschaffen, um es ganz offen zu sagen, es gibt also einfach keine Ressourcen für die notwendigen essentiellen Institutionen. In diesem Zusammenhang ist der Gedanke, dass fundamental unterversorgte Netzwerke, geschweige denn freundliche Planungsschulen und nationale Verbände globale Debatten beeinflussen können, lächerlich. Die zweite Frage war, warum wird die urbane Chance nicht von afrikanischen Regierungen aufgegriffen. Es ist offensichtlich sehr schwer, einen sehr diversen Kontinent zu verallgemeinern. Aber wenn ich müsste, würde ich sagen, dass strategische Klar-

heit über den Wert einer inklusiven, nachhaltigen urbanen Entwicklung, sowohl für das Wirtschaftswachstum als auch für die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der afrikanischen Bevölkerung fehlt. Daher sehen wir in vielen afrikanischen Ländern, dass sie die richtigen Investitionen nicht priorisieren und sequenzieren können, um diese Optimierungen zu erreichen. Und das steht – zweitens – in Verbindung mit einem systemischeren Problem: Wir haben keinen Nachweis zur Hand, der politische Entscheider und politische Führer beim Erkennen der Priorisierungsgebote unterstützt. Das Fehlen einer Evidenzbasis, die mit der unzureichenden Unterstützung für afrikanische Thinktanks, Universitäten und Wissensseinrichtungen verbunden ist, führt zu einem weiteren politischen Problem, nämlich schwacher Verantwortlichkeit. Die meisten nationalen Regierungen sind für ihre Entscheidungen nicht adäquat rechenschaftspflichtig oder orientieren sich nicht an öffentlichem Druck oder akademischer oder zivilgesellschaftlicher Aufsicht. Zum Teil fehlt dafür der Nachweis, sodass sie kaum haftbar zu machen sind, zum Teil aber auch, weil sie nicht ausreichend mit ihren Gesellschaften kommunizieren. Wir sehen daher, dass nationale Stadtplanungen vorhanden sind, aber sie wurden häufig von Technokraten erstellt und nicht auf eine, die Gesellschaft einbeziehende Weise. Dies sind deshalb für mich einige der Hauptgründe, weshalb urbane Chancen nicht verstanden oder ergriffen werden. Die dritte Frage war, was Partner zur Unterstützung afrikanischer Städte tun können. Mein Papier hat sich hauptsächlich mit dem institutionellen Scheitern befasst, und damit, dass dieses institutionelle Scheitern für die Tatsache spricht, dass wir nicht die endogenen Institutionen zur Schaffung des entsprechenden Wissens haben. Außerdem fehlen Auseinandersetzungen mit den einzigartigen historischen, besonderen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, und es fehlen Experimente und Innovationen, die kontextspezifisch sind, aber auch über den



gesamten Kontinent weitergereicht werden können. Für mich hat die Investition in dieses System absolute Priorität, denn wir brauchen nicht über eine drei- bis vierjährige programmatische Unterstützung nachzudenken. Wir müssen vielmehr an die Investitionen denken, mit denen ein System aufgebaut werden kann, das sich mittel- bis langfristig in den Bilanzen der afrikanischen Nationalregierungen vordergründig wiederfindet. Aber wie kommen wir dahin? In meinem Vortrag habe ich detailliert erörtert, inwiefern eine nationale Unterstützung für die Finanzierung der Herausforderung aussehen könnte. Die weitere Frage war, welche Art der Projektunterstützung sinnvoll wäre. Also für mich, taktisch, wenn wir wirklich mindestens die Qualität der nationalen Städteplanungen oder Richtlinien wie in der New Urban Agenda beschrieben, bekommen können, wenn wir ihre Qualität verbessern und sie als Mechanismus für inklusivere, demokratischere und transparentere Gesetzgebung nutzen können, würde uns das weit bringen. Aber der kritische Punkt ist, diese beiden urbanen Planungen zu Stadtentwicklungsstrategien zu verbinden, denn die nationalen Regierungen denken, dass sie den Städten diktieren können, was in ihren Planungen enthalten sein sollte, und dass sie das, was im nationalen Plan enthalten ist, einfach befolgen sollen. Das ist komplett verkehrt herum. Stadtentwicklungsstrategien müssen die nationale urbane Politik informieren, aber noch einmal, wir haben dann keine effektiven Verfahren für die Governance für afrikanische Länder, mit denen sie das erreichen können. Die vierte Frage drehte sich um grüne Industrialisierung und was ich möglicherweise damit meine, und wie das für den afrikanischen Kontext relevant ist. Zunächst einmal gibt es einen riesigen Wissensfundus, der von der UNECA produziert wurde.

Der **Vorsitzende** Herr Prof. Pieterse, hören Sie uns noch? Er ist aus der Konferenz herausgeflogen. Dann versuchen wir, ihn wieder an Bord

zu holen und buchen für seine zweite Antwortrunde das Zeitguthaben dieser ersten Frageunde. Wir starten also mit der zweiten Frageunde des zweiten Themenblocks, und ich erteile letztmalig dem Abg. Peter Stein, dem Abg. Christoph Matschie, dem Abg. Dietmar Friedhoff, dem Abg. Dr. Christoph Hoffmann, der Abg. Eva-Maria Schreiber und der Abg. Claudia Roth das Wort.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU) Es ist schade, dass Prof. Pieterse jetzt nicht anwesend sein kann, denn ich wollte mich ein wenig auf ihn beziehen. Ich glaube, es macht Sinn, dass wir uns die Frage stellen, wie und ob wir bei den Hochschulpartnerschaften den Bereich der Stadtentwicklungsplanung an den Fakultäten, der hier bemängelt worden ist, entsprechend abbilden. Wir machen eine ganze Menge als deutsche EZ, gerade in Richtung Hochschullandschaft, aber vielleicht ist dieser sehr wichtige Bereich tatsächlich etwas zu gering ausgestattet. Das sollten wir mal prüfen, und das gebe ich hiermit zu Protokoll. Stadtplanung ist gerade dann, wenn eine gute Ausbildung stattfindet, der Teil, wo das Thema Partizipation und gesellschaftliche Veränderungen, aber auch eben die Prozesse des Klimawandels gelehrt werden. Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir noch den Hinweis, dass Stadtplanung der Verwaltungsbereich mit der höchsten politischen Einflussnahme ist. Die Politik greift immer sehr gerne in Stadtentwicklungsprozesse ein und versucht, sich dort zu verewigen. Das sind Dinge, mit denen man lernen muss, umzugehen, und dazu gehört eine gute fundierte Ausbildung an den Hochschulen. Ich möchte Ihnen vier die Gelegenheit geben, Werbung zu machen. Ich bitte jeden einzelnen, uns ein Ihnen besonders ans Herz gewachsenes Projekt vorzustellen. Ein Projekt, das aus Ihrer Sicht besonders gelungen ist. Ein Projekt, wo Sie sich von der deutschen EZ oder von anderen Institutionen noch mehr Unterstützung erwarten. Sie dürfen uns jeweils ein Projekt vorstellen, was Ihnen im Bereich der Stadtentwick-



lungsplanung besonders ans Herz gewachsen ist.

Abg. **Christoph Matschie** (SPD) Meine erste Frage geht an die Bürgermeisterin von Freetown, Frau Aki-Saywerr. Sie haben eindrücklich beschrieben, wie wichtig Planungsprozesse, aber auch die rechtlichen Grundlagen für das Handeln der Städte sind. Sie haben darauf hingewiesen, dass es am Ende auch Finanzierung braucht, um wichtige Projekte der Stadtentwicklung umsetzen zu können. Können Sie uns noch einmal sagen, ob es aus Ihrer Sicht sinnvoll ist, wenn solche Finanzierungen stärker von internationalen Partnern, beispielsweise von Deutschland, unterstützt werden? Wie sollte diese Unterstützung konkret aussehen, damit eine sinnvolle Stadtentwicklung finanziert werden kann? Meine weitere Frage beschäftigt sich noch einmal mit einem anderen Akteur in vielen afrikanischen Städten, nämlich China, das in erheblichem Umfang auch städtische Infrastruktur baut. Da wäre meine Bitte, sowohl an Herrn Menguelé als auch an Prof. Pieterse, zu beschreiben, wie Sie das chinesische Eingreifen in städtische Projektentwicklung und die spätere Ausführung beurteilen. Was raten Sie den europäischen Partnern, wie man vorgehen soll? Soll man möglicherweise sogar mit China zusammenarbeiten, oder sollen wir bewusst andere Ansätze der Zusammenarbeit bieten?

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD) Auch von meiner Seite vielen Dank. Meine Fragen richten sich an alle SV. Ich habe heute gehört, dass Städte, Frau Roth, feministischer sein müssen. Sie wollen inklusive, gendergerechte, klimaneutrale, atmende Städte, Smart Cities. Das ist alles richtig, aber die zentrale Frage ist doch, wie bieten Städte Perspektiven für die Zukunft? Was ich hier vermisste, ist das Thema Industrialisierung. Wir bauen Städte, aber wie wird in diesen Städten jenseits vom informellen Sektor gearbeitet? Ich möchte das, was Dr. Rothfuß aufgegriffen

hat, noch einmal in den Blickpunkt rücken. Die Industrialisierung Europas 1900, die Elektrifizierung, die Dampfmaschine, Bell, die Motorisierung, Benz, die Patente, das hat alles dazu geführt, dass die Städte gebaut worden sind. Das heißt, bedingt dadurch, dass Arbeit entstanden ist, sind die Menschen vom Land in die Städte gegangen. Wir wollen jetzt Mega-Städte, reden aber nicht über Arbeitsplätze. Die AfD hat mehrere Anträge gestellt, wie Wertschöpfung stattfinden soll, indem man nämlich Wertschöpfung in Afrika stattfinden lassen soll. Jetzt ist die zentrale Frage an die Kommunen, an die Stadtbildner, wie kann man dieses mehr an Arbeit, überhaupt Arbeitsplätze, in diesen Mega-Städten generieren. Alles andere ohne Arbeitsplätze sind ja, ich sage mal, Slum-Städte, nicht atmende Städte, aber durch Arbeitsplätze entstehen Bildung und Gesundheit. Auch wenn ich mir Deutschland anschau um 1900, hat die Industrialisierung nicht dazu geführt, dass die Menschen in Eigentumswohnungen gelebt haben, sondern die haben auch teilweise unter menschenverachtenden Bedingungen gelebt. Aber durch die Industrialisierung entstand Bildung, Gesundheit und eine gesund wachsende Infrastruktur. Was kann Afrika mit Europa gemeinsam tun, um die Agenda 2063 umzusetzen? Es gibt da drei Punkte: die Industrialisierung, der Aufbau der Infrastruktur und letztendlich die Elektrifizierung. Was können wir gemeinsam tun, damit Wertschöpfung in Afrika für Afrika stattfindet?

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP) Vielen Dank an die Experten für diese Runde. Ich will noch einmal abheben auf die Selbstverwaltung und die Verantwortung der Kommunen, die in Deutschland sehr gut funktioniert. Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel, das für die meisten Länder gilt. Das hatte Frau Bürgermeisterin Aki-Sawyerr auch eindringlich bestätigt, dass die Planung und das Wirtschaften direkt vor Ort sein müssen und nicht von der Hauptstadt ferngesteuert werden sollte. Meine Frage an die



Frau Bürgermeisterin: Wie können die von Ihnen beklagten Befugnisse tatsächlich auf die kommunale Ebene kommen? Welchen politischen Prozess braucht es, und wie kann dieser unterstützt werden, damit die Kommunen wirklich handlungsfähig werden? Das Problem, das Sie schildern, ist nicht nur in Ihrem Land vorhanden, sondern in vielen Staaten ist das leider ebenfalls ein Problem. Meine zweite Frage geht an Herrn Menguelé: Sie haben den Erfahrungsaustausch gelobt zwischen den verschiedenen Initiativen, sie haben auch den Ansatz der integrierten Planung von unten nach oben gelobt. Mich interessiert, wie würden Sie den Geschwindigkeits- und Zeitfaktor beurteilen? Wir haben gesehen, dass die Herausforderungen für die Städte enorm sind, und deshalb muss man irgendwie Geschwindigkeit aufnehmen und irgendwann zum Ziel kommen. Man kann Dinge nicht ewig diskutieren, weil der Druck da ist, mit der Planung und dem Bau voranzukommen. Macht es Sinn, wenn die deutsche EZ direkt, also bilateral, mit Städten zusammenarbeitet anstatt mit den nationalen Staaten. Möglicherweise haben wir bislang nur von Regierung zu Regierung Verträge gemacht, und das Geld ist irgendwie heruntergetröpfelt auf eine kommunale Infrastruktur. Wieviel davon ankommt oder angekommen ist, ist nämlich immer die Frage. Macht es also Sinn, direkt mit Städten zu arbeiten?

Abg. **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.) China ist heute schon öfter erwähnt worden, und Abg. Matschie hat gerade eine recht umfassende Frage dazu gestellt. Da möchte ich noch ein wenig spezifizieren. Prof. Huchzermeyer, Sie schreiben in Ihrem Papier, dass sich das chinesische Investment in den letzten Jahren positiv gewandelt hat und auf die Kritik von der afrikanischen Seite eingegangen ist und somit nachhaltiger geworden sei. Können Sie diese Beobachtungen etwas ausführen? Können die anderen SV diese Beobachtungen in Ihrem Gebiet bestätigen? Eine Frage an Herrn Menguelé, die

die anderen aber auch gerne mitbeantworten können. Ein Großteil der notwendigen städtischen Infrastruktur in Afrika ist noch nicht gebaut. Wie, von wem, unter welchen Bedingungen und für wen die Infrastruktur gebaut werden soll, ist unklar. Hier liegt also ein gewaltiges Gestaltungspotential. Welche Vorstellungen und welche Forderungen haben Sie, damit das nachhaltig werden kann? Prof. Pieterse, und auch alle anderen, wie können Städte aus Ihrer Sicht gerechter werden? Was braucht es, damit eine ungerechte zu einer gerechten Stadt wird?

Abg. **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich weiß nicht, ob Herr Prof. Pieterse da ist, ansonsten gehen die Fragen, to whom it may concern.

Der **Vorsitzende** Herr Pieterse, sind Sie wieder da?

Prof. Edgar Pieterse (Gründungsdirektor ACC, Universität Kapstadt, Südafrika) Ja.

Der **Vorsitzende** Herr Pieterse, Sie kommen gleich in der Antwortrunde als erster dran. Wenn Sie uns dann wieder verloren gehen, dann haben wir Sie und Ihre Stellungnahme kennengelernt. Abg. Roth, bitte schön.

Abg. **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Fragen gehen an Sie, Prof. Pieterse. Wir befinden uns leider in einer Zeit, wo es zunehmend autoritäre Tendenzen, weltweite Schwächungen der Demokratie, Shrinking Spaces und Closing Spaces für die Demokratie gibt. Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen sind eine zunehmende Gefahr, und die Corona-Pandemie verstärkt diesen Trend zusätzlich. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme, Prof. Pieterse, von der Notwendigkeit eines sozialen Empowerments der Bürger zur demokratischen Stadtgestaltung und eines sogenannten City Empowerment. Könnten Sie uns Ihre Vorstellungen dazu vielleicht zumindest



andeuten, trotz der kurzen Redezeit? Der globale Norden hat vom Süden wegweisende Formen partizipativer Stadtentwicklung gelernt. In Porto Alegre, zum Beispiel, ist aufgrund der Idee des Bürgers der Beteiligungshaushalt entstanden, der auch in vielen deutschen Kommunen Anwendung findet. Hier können Bürger und Bürgerinnen selbst über einen Teil des Investitionshaushalts entscheiden und öffentliche Investitionen priorisieren. Findet diese Art der Beteiligung auch in afrikanischen Ländern, in Südafrika statt, oder gibt es eigene Modelle der Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung? Wir erleben die Klimakrise, aber wir erleben gerade auch die COVID-19-Pandemie; wir erleben eine Form von Poly pandemien. Inwieweit spielen diese Krisen bei der Urbanisierung in Südafrika eine Rolle? Welche Konsequenzen sollte die EU daraus ziehen, um tatsächlich klimaneutrale Stadtentwicklung zu unterstützen und Entwicklungen, die den Zusammenhalt stärken und nicht die Spaltungen verschärfen?

Der **Vorsitzende** Dankeschön. Das waren die Fragen. Wir beginnen in der Antwortrunde jetzt in umgekehrter Reihenfolge und damit mit Prof. Pieterse, der uns wieder zugeschaltet ist. Herr Prof. Pieterse, Sie hatten vorhin noch eine Gutschrift, und damit haben Sie jetzt sechs Minuten Zeit. Bitte schön.

Prof. Edgar Pieterse (Gründungsdirektor ACC, Universität Kapstadt, Südafrika) Vielen Dank, und ich beeile mich bei der Beantwortung. Es ist aber schon sehr seltsam. Ich bin nämlich allein an der Universität und weiß deshalb nicht, weshalb das WiFi-System nicht mit mir mithalten kann. Lassen Sie mich deshalb schnell zum Abschluss kommen. Ich glaube, der Punkt bei der grünen Industrialisierung steht in Verbindung mit einigen der gestellten Fragen. Das praktische Beispiel ist, wenn wir uns die gesamte gebaute Landschaft, alle Infrastruktursektoren, wie Energie, Wasser, Kanalisation, Abfall und so weiter, ansehen, dann können alle neu

erdacht und technologisch umstrukturiert werden. Dann kann alles fit für die Digitalisierung und auch stark lokalisiert sein, sodass wir Bürger in soziale Unternehmen einbinden können, in denen sie Teil eines neuen Dienstleistungsmodells werden. Das betrifft die Frage nach Arbeitsplätzen, denn auch wenn dies keine formellen Arbeitsplätze sind, gibt es Wege, um Menschen in die Wirtschaft einzubinden. Gleichzeitig können wir ein kohlenstoffarmes und ressourceneffizientes urbanes metabolisches System aufbauen. Weitere Beispiele für die grüne Industrialisierung sind die landwirtschaftliche Nahrungsmittelverarbeitung und wie sie die urbanen und ländlichen Regionen miteinander verbinden können. Das ist in den meisten afrikanischen Ländern noch kritisch, denn die peri-urbane Zone ist in der Tat die komplexeste und am stärksten benachteiligte Zone in unseren Territorien. Zur Frage nach den freien Städten, und das ist natürlich eine ganz große Diskussion: Das Problem mit den freien Städten ist einerseits die Dimension. Wenn wir uns einmal den ursprünglichen Vorschlag von Paul Romer und die Katastrophen in Honduras oder auf Mauritius ansehen, das sind nämlich Initiativen, in die er direkt eingebunden war, dann können wir feststellen, dass, sofern sie nicht kontextuell verankert werden, alle Arten politischer Probleme auftreten. Aber das Hauptproblem bleibt die Dimension. Unsere Herausforderung in Afrika sind nicht die Standorte auf der grünen Wiese, sondern die Sicherstellung, dass wir den bestehenden Städten nicht auch noch die knappen Investitionsressourcen wegnehmen, die sie dringend brauchen. Wir müssen ihnen diese großen Pläne, die mit hohen Risiken behaftete Umgebungen sind, zuweisen. Ich denke daher, dass das Modell der IBA, das Deutschland in den vergangenen 68 Jahren in verschiedenen deutschen Städten entwickelt hat und das in einem wesentlich kleineren Umfang arbeitet, passend ist. Dieses bildet, wenn Sie so wollen, einen behördlichen Subkern für einen kleineren Teil der Stadt. Dieses



IBA-Modell muss verbessert, umgestaltet und ins 21. Jahrhundert gebracht werden, und dann kann mit Experimenten versucht werden, herauszufinden, wie die Dinge anders gemacht werden können, damit es dann für eine größere Stadt skaliert werden kann. Dazu wäre noch mehr zu sagen, aber ich lasse es für den Augenblick dabei. Zur Frage über China und seine Motive und Gründe und so weiter, stimme ich mit Prof. Huchzermeyer absolut darin überein, dass wir eine dramatische Entwicklung in der Funktion und Rolle Chinas gesehen haben. Der wichtigste Aspekt ist, dass sie auf lokale Kritik reagieren und ihre Strategie anpassen. Grundsätzlich ist ihr Modell offensichtlich, sie brauchen langfristige Landsicherheit, sie brauchen Lebensmittelsicherheit, sie brauchen stabilen Zugang zu Rohmaterialien, und sie nutzen den Rohstoffreichtum Afrikas als einen Rohstoff-Swap. Sie nutzen die strukturierten Deals für verschiedene Arten logistischer Infrastruktur in Verbindung mit der Wirtschaft des Landes und der Möglichkeit für Exportplattformen und so weiter. Wir sehen jedoch jetzt, dass die Diskussionen über die technologische Untermauerung, die Umweltstandards, die Arbeitsstandards offen gegenüberstehen. Das ist ebenfalls ein andauernder Prozess, und Sie können sicherlich Beispiele für ausbeuterische Praktiken wie auch befähigende Praktiken finden. Ich glaube, China hat verstanden, dass zwischen den Nachhaltigkeitszwängen, die sie bei ihrer Städteplanung in China verfolgen, und dem, was sie im afrikanischen Kontext exportieren, eine größere Konsistenz bestehen muss. Deshalb besteht eine echte Chance für europäische Partner und die Chinesen, wirklich mit Afrikanern zusammenzuarbeiten und zu fragen: Was bedeutet ein nachhaltiges, inklusives, arbeitsintensives Stadtentwicklungsmodell in Afrika, und wie lösen wir die institutionellen und finanziellen Aspekte. Ich glaube, dass in dieser Hinsicht viel Gesprächsbedarf besteht. Zu den Fragen nach der Stärkung der Bürger und was Deutschland möglicherweise vom afrikanischen Kontext lernen

kann: Also für mich ist der Hauptpunkt, anzuerkennen, dass die Afrikaner ihre Städte bereits selbst bauen mussten, gerade weil der Staat nicht immer die Mittel, die Gelder und die Kapazitäten hat. Deshalb wurden die Mechanismen für die Organisation auf einer sehr lokalen Ebene genutzt, und dazu gehören auch traditionelle Formen der Autorität, wie religiöse Systeme, die sich im Laufe der Zeit entwickelt haben. Eine Verbesserung der kollektiven Aktion ist etwas, von dem ich glaube, dass es der Aufmerksamkeit aus anderen Kontexten wert ist. Mittel- bis langfristig systemisieren wir das effektiver mit digitalen Technologien; so haben wir zum Beispiel in Ostafrika gesehen, dass digitale Plattformen einen enormen Unterschied machen. Der Umgang mit Informationssystemen unterstützt Menschen dabei, ihre Aktivitäten effektiver zu koordinieren und den Gedanken des Gemeindemanagements und des gemeinschaftlichen Eigentums an Kollektivgütern und öffentlicher Infrastruktur zu leben. Ich glaube, in dieser Hinsicht kann noch viel ausgetauscht und untersucht werden. Dann war da noch eine Frage zur Implementierung, und dass Afrika einfach umsetzen muss und die Ideen in Europa generiert werden. Das ist offensichtlich eine völlig überholte Vorstellung. In Anbetracht der geologischen, ökologischen, historischen und wirtschaftlichen Komplexität der afrikanischen Städte ist der Gedanke, dass man irgendwie woanders ist, mit dem Fallschirm einfliegt, gelegentlich ein bisschen Forschung bei der lokalen Bevölkerung betreibt und dann irgendeine Idee hat, wie man mit der Lösung der Probleme vor Ort beginnen könnte, einfach lächerlich. Ich glaube nicht, dass es eine seriöse akademische oder privatwirtschaftliche Gesellschaft, oder was auch immer, im europäischen Kontext gibt, die vorgeben würde, dass das der Fall sein und funktionieren könnte. Wenn wir alle wissen, dass das unangebracht und überholt ist und koloniales Gedankengut spiegelt, dann ist die Frage in der Tat, wie wir erstens, eine Plattform zur Identifizierung glaubwürdi-



ger, vertrauenswürdiger lokaler Akteure schaffen und Arbeitspartnerschaften mit ihnen aufbauen und diese Plattform unterstützen können. Wie stellen wir zweitens sicher, dass die Intelligenz und die Kapazitäten auf dem afrikanischen Kontinent zirkuliert werden können, und welche Wissensplattform das ermöglichen kann. Ich möchte in den mir verbleibenden dreißig Sekunden damit abschließen, dass es unglaublich wäre, wenn Deutschland, im Kontext seiner Rolle als Führer in Europa, eine kollektive Bewegung in Europa aufbauen könnte, die dann in der Tat sagt, dass die Afrikaner diejenigen sind, die eine Antwort haben, und dass sie die einzigen sind, die das Humankapital besitzen, das die Lösungen entwickeln und umsetzen wird. Der Job Europas ist dann die Unterstützung beim Aufbau der Enabling-Systeme, damit wir mit unserem institutionellen Scheitern umgehen, effektiv regieren, demokratisch regieren und das Wissen generieren, das aus den Gemeinschaften vor Ort kommt, um unsere Probleme zu lösen. Das alles aber auf eine Weise, die mit einer kohlenstoffarmen, arbeitsplatzintensiven und inklusiven Zukunft vereinbar ist. Wie das zu tun ist, dazu sind solche Debatten in parlamentarischen Foren wie diesem, wichtig. Dazu gehören auch Gespräche zwischen Ihnen und uns, und wir stehen Ihnen für diese Gespräche zur Verfügung. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende** Herzlichen Dank, Herr Prof. Pieterse, und jetzt erteile ich Herrn Menguelé das Wort.

Francois Menguelé (Koordinator UDC, GIZ-Büro Kairo, Ägypten) Vielen Dank. Ich beginne definitiv dort, wo Prof. Pieterse aufgehört hat: Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass das, worüber wir sprechen, eine Chance für die afrikanischen Berufsgemeinschaften und politischen Entscheider ist, sich in einem Entwicklungsalphabetisierungsprogramm zu engagieren. Ich meine damit, an einem solchen Entwicklungsalphabetisierungsprogramm aktiv

teilzunehmen, beispielsweise an öffentlichen Ausschreibungen oder in Beratungsfunktionen für Entscheider. Wenn diese Chancen fehlen, dann gibt es keine Möglichkeit für sie, eine sinnvolle Rolle in der nachhaltigen Entwicklungsgleichung zu spielen. Deshalb ist das absolut wichtig. In Bezug auf China stimme ich mit dem überein, was Prof. Pieterse und Prof. Huchzermeyer bereits sagten. Die Einbeziehung Chinas war in den vergangenen Jahren ziemlich adaptiv. Wir haben aber eine sehr interessante Erfahrung in 2008 in einem Projekt gemacht. Wir hatten deutsche Unterstützung für ein Projekt, im Rahmen dessen ein Treffen mit 100 Afrikanern von Universitäten, Entscheidungsträger, alle möglichen Interessengruppen einberufen. Die sind nach China gegangen, und haben dort mit ihnen die Frage der nachhaltigen Entwicklung diskutiert. Es gibt einen Bericht darüber, den ich dem Parlament später zur Verfügung stellen möchte, in dem sehr wichtige Vorschläge gemacht wurden. Einer davon ist die Einrichtung eines Sekretariats, das versuchen soll, sicherzustellen, dass ein trilaterales Engagement zur Frage der nachhaltigen Organisation zwischen Europa, Afrika und China zustande kommt. Diese sehr wichtigen Vorschläge, die sich darin befinden, können wiederbelebt werden. Der nächste Punkt ist das Freihandelsabkommen des afrikanischen Kontinents. Das ist ein bahnbrechendes Abkommen, das in den vergangenen Monaten erzielt wurde. Ich glaube, dass hier eine echte Chance besteht, sicherzustellen, dass dieses Dokument besonders umgesetzt werden kann. Mit „besonders“ meine ich, welche Rolle die Städte als Knotenpunkte für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Verbindung mit dem Freihandelsabkommen des afrikanischen Kontinents spielen können. Das kommt zur Rolle der Städte als Versorger hinzu, also nicht nur für die soziale Infrastruktur, sondern auch für Beschäftigungsmöglichkeiten für die Mehrheit der Stadtbewohner und Migranten. Wir sehen hier also einen Mehrwert. Es gibt diese Idee zu urbanen Lebensmittelsystemen,



die in den vergangenen Jahren aufkam, die ländliche und städtische Gebiete, verschiedene Produktionsströme, die Verarbeitungstätigkeiten und den kommerzialisierten Transport verbindet. All dies birgt die Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Leute, sodass sie, anstatt die ländlichen Gebiete zu verlassen, sich entlang der entstehenden Wertketten vor und zurück bewegen. Das ist etwas, was wirklich beachtet werden sollte. Zur Selbstregierung gibt es eine Reihe Dezentralisierungsprogramme, die in den vergangenen 20 Jahren unterstützt wurden, und ich denke, dass das ein Langwellenprogramm ist, wie ich zu sagen pflege. Es muss weitergehen und durch die Stärkung der Stimme der Lokalregierung und die Sicherstellung, dass verschiedene Akteure, hauptsächlich die Zivilgesellschaft und die Lokalregierung, in diesen Prozess eingebunden werden, verstärkt werden. Damit wird sichergestellt, dass das Geschwindigkeitsproblem wirklich angegangen wird. Die Frage, ob Deutschland sich eher bilateral bei den Städten anstatt bei der Nationalregierung engagieren sollte: Ich meine, dass dies keine Entweder-Oder Frage ist. Ich vertrete hier die Auffassung, dass es eine zweite Ebene des Engagements geben muss, die die Notlage der Städte tatsächlich berücksichtigt, aber den Austausch von Regierung zu Regierung nicht vernachlässigt. Die Maßnahmen müssen ergänzend sein, das ist sehr wichtig. Die Gedanken über Nachhaltigkeit in Verbindung mit der Infrastruktur: Ich glaube, hier gibt es eine echte Möglichkeit, wenn wir über Infrastruktur sprechen, dass einheimische Lösungen zur Finanzierung der Infrastruktur entwickelt werden können. Das kann mit einem Netzwerk afrikanischer Spezialisten geschehen, die eine Möglichkeit suchen, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Wir haben zum Beispiel Rentenfonds, die seit vielen Jahren ruhen. Es gibt keine klare Vorstellung, wie diese Ressourcen zusammen mit den Entwicklungsbanken und so weiter genutzt und angezapft werden können. Einige dieser Punkte haben wir schon in ersten

Sitzungen angesprochen. Ich denke, dass dies eine echte Chance ist, um diese Ressourcen anzupapfen, aber wir müssen sicherstellen, dass gesamtafrikanische Spezialisten- und Wissenschaftskader in diesen Prozess eingebunden werden. Das ist alles, was ich zu sagen habe. Ich danke Ihnen.

Der **Vorsitzende** Herzlichen Dank, Herr Menguelé, und damit sind Sie, Frau Prof. Huchzermeyer, mit Ihren Ausführungen an der Reihe.

Prof. Dr. Marie Huchzermeyer (Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Witwatersrand Universität Johannesburg, Südafrika) Vielen Dank. Ich möchte zunächst meinen Dank dafür aussprechen, dass wir an meiner Universität Witwatersrand von einer Kooperation mit der TU Berlin profitieren dürfen. Es handelt sich um eine der SDG-Schulen, die vom DAAD und dem BMZ finanziert wurden. Es gibt dort also diese Art Unterstützung, insbesondere für Stadtmanagement, und in unserem Fall, nachhaltiger Stadtentwicklung, Kapazitätsaufbau und so weiter. Wenn wir uns durch die Bürokratie auf beiden Seiten gekämpft haben und diesen mühsamen Aspekt außer Acht zu lassen, hat diese Art der Zusammenarbeit wirklich Vorteile. Ich glaube, dass hochgeschätzt wird, dass es diese Erklärung zur Städteplanung gab, und insbesondere die Möglichkeit dieser Art Unterstützung, und ich glaube, dass kein anderer dieses Angebot angenommen hat. Sie wünschten sich, dass eine Art Projekt genannt wird, ein Stadtplanungsprojekt oder ein urbanes Projekt, das finanziert oder unterstützt werden sollte. Wissen Sie, in unserer Arbeit ist von hohem Wert die Arbeit mit den Lokalregierungen, und hier gibt es Einzelpersonen, Prof. Pieterse sprach bereits über die institutionellen Probleme, die einen Unterschied in der Lokalregierung machen können. Das sind Beamte, die entweder von einer inspirierenden Ausbildung irgendwo profitiert haben oder auf andere Weise inspiriert worden sind, die stark genug sind



und die versuchen, gegen den Strom zu schwimmen. Wir sind davon überzeugt, dass es fantastisch wäre, wenn man ihnen die Möglichkeit gäbe, herauszutreten, zu reflektieren und über ihre Erfahrung zu schreiben, was es braucht und welche Schlüsse aus dem gezogen werden können. Denn wir bilden urbane Beamte der Lokalregierungen aus, und dann werden sie in diese Institutionen zurückgeworfen, in chaotische Institutionen, korrupte Institutionen, und dann müssen sie versuchen, einen Unterschied zu machen. Das, was Einzelnen ermöglicht, die Mittel zur Veränderung zu besitzen, das ist etwas sehr Wichtiges. Ein anderer Punkt, den ich ansprechen wollte, ist ein Vorschlag: Wir haben etwas, das im Diskurs um die Stadtentwicklung und die Politik weitgehend ignoriert wird, nämlich einen existierenden Mietsektor. Es ist schon phänomenal, dass in der Stadt Berlin und auch in Kenia mehr als 80 Prozent aller Haushalte in einer Mietwohnung leben, einem privaten Mietverhältnis. Ich glaube, dass diese Mietverhältnisse ein von der Städtepolitik weitgehend ignoriertes Bereich sind, er wurde vom neoliberalen Streben nach Privateigentum verdrängt. Wohneigentum wird immer noch als Ideal propagiert, aber so, wie sich die Städte verdichten, spielen Mietverhältnisse eine wichtige Rolle in der Verdichtung und bieten die dauerhafte Form für eine dichtere Lebensform. Das ist die Realität, aber in Nairobi zum Beispiel ist das meiste davon nicht reguliert. Mieter sind nicht gesetzlich geschützt. Es gibt keine Gesetze dafür. Ich werfe das einfach in den Raum, denn das ist für mich eine sehr offensichtliche Verbindung mit Deutschland. Berlin ist nicht die einzige Stadt mit einem großen Mietsektor, und das ist übrigens mit ihrer Geschichte während der Industrialisierung verbunden, sondern das ist auch die Realität in mehreren Städten in Afrika und auch in Südafrika. Der Mietsektor wächst stark, auch in informellen Siedlungen und in formell geplanten Townships. Das wollte ich herausstellen. In Bezug auf China möchte ich nur noch

hinzufügen, denn ich glaube, dass bereits vieles gesagt wurde, dass hier trilaterale Gespräche sehr fruchtbar sein könnten. An der Bildungseinrichtung, an der ich arbeite, haben wir Kollegen, die in China arbeiten, die an einer Zusammenarbeit mit China arbeiten und die sich um diese Finanzierungsaufträge und so weiter bewerben. Das geschieht also unausweichlich, und deshalb muss dieser Diskurs stattfinden. Wenn wir die deutschen Stimmen dabei haben, wird es ein reicherer Diskurs, der die Erkenntnisse bringen kann, die ich genannt habe, die wir von Deutschland in Bezug auf Demokratie, lokale Demokratisierung oder Bürgerhaushalte lernen können, auch wenn diese, wie Sie sagen, aus Lateinamerika kamen. Ich möchte nur noch eines hinzufügen: die Bedeutung der Diaspora. Die afrikanische Diaspora sollte meiner Meinung nach nicht unterschätzt werden. Ich möchte nicht vor afrikanischer Migration warnen, ich möchte vielmehr die Art und Weise unterstreichen, wie die afrikanische Migration Kulturen weltweit bereichert hat. Ich denke, dass das nichts ist, was einfach abgestellt werden kann, als abgeschaltet betrachtet werden kann oder als negativ gesehen werden sollte. Ich meine, dass jeder, der migriert, einen Beitrag in diesem Land leistet. Ich danke Ihnen.

Der **Vorsitzende** Herzlichen Dank nach Südafrika an Frau Prof. Huchzermeyer. Als letzte SV in unserer finalen Runde erteile ich jetzt sehr gerne der Bürgermeisterin aus Freetown, Frau Aki-Sawyerr, das Wort. Bitte sehr.

Yvonne Aki-Sawyerr (Bürgermeisterin der Hauptstadt Freetown, Sierra Leone) Vielen Dank. Die erste Frage drehte sich um Finanzmittel und was meiner Meinung nach der Weg zur Finanzierung sein sollte. Es ist wie mit allen diesen Dingen, es ist eine Kombination. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass wir Institutionen haben, wie die EU, die Städte direkt finanzieren, und das wird wirklich begrüßt. Die Frage nach der bilateralen Finanzierung von Re-



gierungen ist eine, die berücksichtigt werden sollte. Ich glaube, wenn die EU auf Stadtebene finanzieren kann, dann könnte das auch auf nationaler Ebene getan werden. Eine andere Quelle sind Städtepartnerschaften. Freetown geht jetzt über eine ziemlich informelle Vereinbarung eine Partnerschaftsvereinbarung mit einer europäischen Stadt ein, deren Namen ich hier nicht nennen möchte. Ich und die Bürgermeisterin sind Freundinnen geworden, und wir haben einige Herausforderungen unserer Stadt besprochen. Dieses spezielle Projekt investiert in die Regeneration unseres zentralen Geschäftsbezirks, der selbst eine Übung für die Planung eines Ortsbereichs ist, und natürlich sollte die Privatwirtschaft bei unseren Gesprächen über die Finanzierung nicht ausgeschlossen werden. Meine Situation mag sich von der anderer Städte unterscheiden, wirklich kritisch ist jedoch, wenn wir über eigene Einnahmequellen sprechen. Ein großer Teil, nämlich 85 Prozent meines Budgets, stammt aus Grundstücksabgaben und der Tatsache, dass die Lokalregierungen den steuerlichen Raum im Land haben. Wir hatten die Situation in diesem Jahr, dass unsere lokale Steuererhebung ausgesetzt wurde, und das hatte riesige Auswirkungen. Ich komme jetzt zur Frage nach Stadtwachstum und Arbeitsplätzen, und ich glaube, dass diese Erklärung abgegeben wurde: Wir wollen Städte schaffen. Ich glaube nicht so sehr, dass wir Städte schaffen wollen, sondern dass wir die Städte notwendig machen wollen. Die Berichte von UN-HABITAT und andere Berichte informieren darüber, dass 70 Prozent der Weltbevölkerung bis 2050 in Städten leben wird und dass der größte Teil dieses Wachstums in Afrika stattfinden wird. Es ist also eine Notwendigkeit, Städte zu schaffen. Also, was tun wir? Wenn wir über Städteplanung sprechen, müssen wir uns natürlich immer daran erinnern, dass die Transportpolitik dazu gehört. Ein Beispiel sehen wir in meiner Stadt in Bezug auf die vermehrte Schaffung von Arbeitsplätzen, deshalb müssen wir tatsächlich die Dysfunktionalität

unseres Transportsystems angehen. Wir wollen zum ersten Mal Massentransport über ein Seilbahnsystem bringen, das außerdem umweltfreundliche Arbeitsplätze schaffen wird. Diese Verbindung reduziert die Reisezeit vom Ostteil der Stadt in den Westen von zweieinhalb Stunden auf zwanzig Minuten. Das Projekt benötigt eine Finanzierung, und wir versuchen, eine Mischfinanzierung zu erhalten, also eine Kombination aus Investitionen aus der Privatwirtschaft, aber auch Zuschussfinanzierung, und das sind praktikable Wege. Wo kommen die Arbeitsplätze her? Die Verbesserung der Transportnetzwerke und der Verbindungen steigert die Produktivität. Sie steigert auch die Erfassung unserer Landwerte, und das alles gibt uns mehr Chancen. Nur vier Prozent der Immobilien in unserem zentralen Geschäftsbezirk sind tatsächlich kommerziell. Wir haben eine Möglichkeit, mit der Planung der Landnutzung bei der lokalen Gebietsplanung und mit der Transportstrategie eine Umgebung mit höherer Produktivität zu schaffen, denn, wie Prof. Huchzermeyer sagte, die Verdichtung dabei eine Rolle spielt. Ich denke, dass es sehr wichtig ist, dass es eine Möglichkeit für grüne Arbeitsplätze durch Solartechnik und mit Infrastruktur auf natürlicher Basis gibt. Die Bäume, die wir in Freetown pflanzen, und Freetown pflanzt eine Million Bäume, schaffen ebenfalls Arbeitsplätze. Ich fasse mich jetzt kürzer, denn ich sehe, dass meine Zeit abläuft. Jemand sprach über Gesetzgebung. Die Gesetzgebung ist vorhanden. Die Herausforderung ist, Hebel zu schaffen und anzusetzen. Wir müssen auf internationaler Ebene anfangen, den Wert des Stadtbeitrags zu den SDGs zu verstehen. Wir können sie durch Stadtplanung erreichen und den Lokalregierungen helfen, ihren Raum zu bekommen, denn das, was auf nationaler Ebene geschieht, wird überwacht. Wir müssen die Hebelwirkung der Geberfinanzierung nutzen. Wir müssen die Hebelwirkungen anderer Rahmenwerke von internationalen Organisationen nutzen, um sicherzustellen, dass die nationale Re-



gierung ihre Verpflichtungen in Bezug auf Raum für Lokalregierungen einhält. Die Frage der digitalen Beteiligung. Ja, wir arbeiten daran. Als Teil unserer Grundstücksabgabe, die wir, wie ich bereits erwähnte, aktuell nicht einziehen konnten, haben wir die gesamte Stadt mithilfe von Geomapping erfasst. Dabei kamen wir von 30.000 auf 97.000 Haushalte, aber, und das ist wichtig, wir haben das mit der Einführung digitaler Rathäuser verbunden und eine Resolution verabschiedet. 20 Prozent der Einkünfte aus den Grundstücksabgaben in einer Gemeinde werden dort eingesetzt, und wir setzen die digitale Beteiligung fort. Wir haben gerade das erste Pilotprojekt mit Teilnehmern über eine WhatsApp-Gruppe beendet, in der sie abstimmen konnten, wofür sie die Einkünfte verwenden wollen. Das geschieht live, real, wir haben es getestet und werden es überall einführen. Ich schließe mit der Feststellung ab, dass wir in Bezug auf unsere Städte da sind, wo wir sind. Es gab keine Planung. Es gibt sehr viel Informalität, die zu Ineffizienz und zu schlechten Lebensergebnissen führt; wir müssen das also managen. Dabei müssen wir daran denken, dass Stadtplanung kein Selbstzweck ist. Sie ist ein Mittel zum Zweck. Sie ist ein Mittel zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Einwohner, und sie macht unsere Städte lebenswerter. Was bedeutet das in der Praxis? Es bedeutet, dass man diese wunderschönen Pläne nicht bekommt, weil man das umbauen und verwalten muss, was sie haben. Lassen Sie uns das durch eine Verbesserung der Landrechte tun. Lassen Sie uns das mit klimafreundlichen Mechanismen für Baugenehmigungen tun. Lassen Sie uns das tun, indem wir sicherstellen, dass wir eine Flächennutzungsplanung haben, die in der Tat bedeutet, dass wir eine Verdichtung haben und unsere Städte besser werden. Ich möchte damit abschließen, dass Gemeinderäte wichtig für eine operationalisierte Städteplanung sind und ihr Raum deshalb geschützt werden muss. Ich danke Ihnen.


Der **Vorsitzende** Dankeschön, Frau Bürgermeisterin. Das war für alle ein sehr gutes Schlusswort. Wir sind damit am Ende dieser Anhörung angelangt, und ich möchte allen, die daran beteiligt waren, aufs herzlichste danken. Im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen danke ich den acht Expertinnen und Experten, ich danke aber auch meinem Ausschussekretariat für die komplexe technische Organisation. Diese Arbeit, Frau Bundestagsvizepräsidentin, ist schon wirklich beachtlich. Von einer klitzekleinen Ausnahme abgesehen, aber die passiert uns innerhalb Berlins ganz genauso, wenn ich Ministerien zuschalten lasse, hat technisch alles wunderbar funktioniert, und wir hatten Gäste aus Freetown, Kapstadt, Johannesburg und Kairo. Manchmal habe ich Angst, dass das Bundestagspräsidium auf die Idee kommt, deshalb keine Dienstreisen mehr zuzulassen. Aber wir haben viel Nachholbedarf, und gerade dieser Ausschuss hat in der ganzen Welt viel zu tun. Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Wir werden über diese Anhörung ein Wortprotokoll erstellen, das auf unsere Homepage gestellt wird, so dass alle dieses alles noch einmal nachlesen können. Inhaltlich will ich nichts zusammenfassen, denn dazu fehlt die Zeit. Ich bin mir jedoch sicher, dass wir uns auch im kommenden Jahr weiter mit diesen Themen befassen werden. Gerade der afrikanische Kontinent wird weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben. Diese Thematik interessiert mich auch persönlich, weil ich in meiner Eigenschaft als Bundesverkehrsminister auch Städtebauminister war, und deswegen weiß, dass es keine einfachen Lösungen in diesen Dingen gibt, aber wir bleiben dran.

Das war jetzt die letzte Sitzung in diesem Jahr 2020, und es wäre an der Zeit, dass der Ausschussvorsitzende eine Jahresschlussansprache hält, aber auch dazu fehlt die Zeit. Ich bin überzeugt davon, dass die Mission und der Anspruch des AwZ, über die Fraktionsgrenzen hinweg, ist, dass wir durch unsere Arbeit die Welt insgesamt ein besserer Platz geworden ist



oder wir zumindest Probleme etwas abfangen konnten. In diesem Sinne danke ich allen noch einmal ganz herzlich für die gemeinsame Arbeit. Mir hat es sehr viel Spaß gemacht, diesen Ausschuss zu leiten, und das wird auch im kommenden Jahr der Fall sein. In diesem Sinne wünsche ich euch allen und auch den Zuschauerinnen und Zuschauern im Parlamentsfernsehen alles Gute, Frohe Weihnachten, und bleiben Sie gesund.
Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 13.05 Uhr



Dr. Peter Ramsauer, MdB
Vorsitzender



Abkürzungsverzeichnis

Abg.	Abgeordneter/Abgeordnete	SV	Sachverständiger/Sachverständige
ACC	African Center for Cities	TSPA	Thomas Stellmach Planung und Architektur
AfDB	African Development Bank – Afrikanische Entwicklungsbank	UDC	Urban Development Cluster
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	UNDP	United Nations Development Programme Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
CFF	City Finance Facility	UNECA	United Nations Economic Commission for Africa
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst	UN-HABITAT	United Nations Human Settlements Programme Wohn- und Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen
EU	Europäische Union	UNOCHA	Amt der VN für die Koordination humanitärer Angelegenheiten United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	USAID	United States Agency for International Development Behörde der Vereinigten Staaten für Entwicklungszusammenarbeit
GB	Großbritannien	VN	Vereinte Nationen
GLTN	Global Land Tool Network	VPn	Vizepräsidentin
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit	WB	Weltbank
IBA	Internationale Bauausstellung	WFP	World Food Programme – Welternährungsprogramm
Mio.	Million/Millionen		
Mrd.	Milliarde/Milliarden		
NGOs	Non Governmental Organizations-Nichtregierungsorganisationen		
SDGs	Sustainable Development Goals - Nachhaltige Entwicklungsziele		